



Finanzrahmen 2011 - 2015

Vorbereitung der Haushalte 2012 ff.

Land und Stadtgemeinde Bremen

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 - 4072
Fax: (0421) 496 - 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de/info/finanzplanung>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:
Referat 20,
Herr Rüdiger Schröder
Telefon: (0421) 361 - 2426
E-Mail: ruediger.schroeder@finanzen.bremen.de

Herr Karl-Heinz Bade
Telefon: (0421) 361 - 4471
E-Mail: karl.heinz.bade@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
erschieden im Oktober 2011

Foto vom Deckblatt: Silke Kaiser / pixelio.de

Finanzrahmen 2011 - 2015

Vorbereitung der Haushalte 2012 ff.

Land und Stadtgemeinde Bremen

Finanzrahmen 2011 / 2015
Vorbereitung der Haushalte 2012 ff.

Gliederung

	Seite
0. Einleitung.....	1
1. Strukturelles Defizit der bremischen Haushalte.....	2
2. Finanzierungssaldo der Kernhaushalte	5
3. Einnahmeerwartungen und Ausgaberahmen	9
3.1. Steuerabhängige Einnahmen	10
3.2. Sonstige Einnahmen und Ausgaberahmen	11
3.3. Zinsausgaben und Primärausgaberahmen.....	12
3.4. Primärausgaben-Entwicklung	13
4. Finanzrahmen 2011 / 2015	17
4.1. Ausgangswerte	18
4.2. Finanzpolitische Schwerpunktsetzungen.....	20
4.3. (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen	21
4.4. Ableitung von Eckwert-Vorschlägen	22
4.4.1. Sonstige konsumtive Einnahmen	25
4.4.2. Investive Einnahmen	27
4.4.3. Personalausgaben	28
4.4.4. Sonstige konsumtive Ausgaben.....	29
4.4.5. Investitionsausgaben	32
4.4.6. Verrechnungen und Erstattungen mit Bremerhaven	35
4.5. Gesamtrahmen	36
5. Weiteres Verfahren	38

Anlage 1 Ableitung der strukturellen Defizite 2010 nach Gebietskörperschaften

Anlage 2 Vorabdotierungen für Haushalte 2012 ff.

Anlage 3 Tilgungsbeträge für Kapitaldienstfinanzierungen

Anlage 4 Eckwert-Vorschläge 2012/2013

Anlage 5 Eckwertrelevante Zinsausgaben für Kapitaldienstfinanzierungen

Anlage 6 Terminplanung für Haushaltsaufstellung 2012/2013 und Finanzplanung 2011/2015

0. Einleitung

Die vorzubereitende mittelfristige Finanzplanung der bremischen Haushalte bis 2015 bildet die erste Hälfte des bis 2020 zu gestaltenden Konsolidierungskurses ab, in der die notwendigen Abbauschritte des strukturellen Defizits geleistet und die Grundlagen für einen erfolgreichen Abschluss der Haushaltskonsolidierung in der zweiten Hälfte der Sanierung (2016/2020) geschaffen werden müssen. Für die konkrete Ausgestaltung der Mittelfristplanung gelten dabei folgende **Rahmensetzungen** und **Vorgaben**:

- a. Die Anforderungen an die Gestaltung der Kernhaushalte werden unmittelbar aus der im Zeitraum 2010/2015 für den Stadtstaat zu gewährleistenden **Halbierung des strukturellen Defizits** abgeleitet.
- b. **Grundlage** der für die einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte vorzusehenden Rahmensetzungen bildet dabei die im Februar 2011 beschlossene **Finanzplanung 2010/2014**, deren Ansätze mit gleichen Veränderungsraten wie im Vorjahr für 2015 fortgeschrieben werden und so auch im Endjahr des Planungszeitraumes die Unterschreitung des maximal zulässigen strukturellen Defizits ermöglichen.
- c. **Rechnerische**, überwiegend aus berechnungstechnischen Gründen entstehende **Entlastungseffekte** in der Anfangsphase des Konsolidierungszeitraumes (vgl. 3) werden dabei im Interesse einer über den Mittelfrist-Zeitraum insgesamt möglichst gleichmäßigen Entwicklung der zu leistenden Primärausgaben **nicht ausgeschöpft**.

Für die Jahre **2012** (30 Mio. €) und **2013** (20 Mio. €) werden Mittel, die sich aus der Differenz der Finanzplan-Werte zur gleichmäßigen Entwicklungslinie der Primärausgaben bis 2015 ergeben, zur (**Vor-**) **Finanzierung struktureller Entlastungen** in den Folgejahren eingesetzt.

- d. Aus dem so erstellten Finanzrahmen 2011/2015 werden die **Eckwert-Vorschläge** der jährlichen Einzelhaushalte abgeleitet. Hierzu werden die Veränderungsraten des Gesamtrahmens – mit Ausnahme gesondert zu beachtender Entwicklungen bzw. Bedarfe („**Vorabdotierungen**“) - **proportional** auf die Einnahmen- und Ausgaben-Ansätze aller Produktpläne übertragen.
- e. Produktplan-bezogene **Eckwert-Planwerte** werden dabei bereits für den gesamten Mittelfrist-Zeitraum **bis 2015** gebildet. Sie werden im weiteren Verfahren um eine **maßnahmen-bezogene**, die Sondervermögen berücksichtigende **Investitionsplanung** ergänzt.
- f. Bei der Gestaltung des Konsolidierungskurses bis 2015 werden für die Haushalte des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen** sowie für den Haushalt der **Stadt Bremerhaven** möglichst **identische Annahmen und Vorgaben** getroffen.
- g. Die **inhaltliche Ausfüllung** der Eckwert-Planwerte liegt – unter Berücksichtigung vorgesehener bzw. beschlossener (fach-) politischer Prioritätensetzungen – in der **Verantwortung der Ressorts**.

Die **besonderen Anstrengungen** der Ressorts zur Einhaltung bzw. Gewährleistung des Konsolidierungskurses in den kommenden Jahren sind dabei in Form **konkreter Einzelmaßnahmen zu dokumentieren** und – erstmals im Oktober 2011 – dem **Stabilitätsrat** als Beleg für den Willen und die Fähigkeit des Landes zur Leistung des notwendigen Eigenbeitrages zur Haushaltssanierung vorzulegen.

1. Strukturelles Defizit der bremischen Haushalte

Nach der rechtlichen Umsetzung der Ergebnisse der Föderalismuskommission II ist auch die Freie Hansestadt Bremen verpflichtet, die Vorgabe **strukturell ausgeglichener Haushalte** gemäß Art. 109 Abs. 3 des Grundgesetzes einzuhalten. Als Unterstützung zum vollständigen Abbau des strukturellen Defizits bis 2020 erhält das Land Bremen dabei im Zeitraum 2011/2019 **Konsolidierungshilfen** in Höhe von 300 Mio. € p. a. solange es gelingt, in den einzelnen Haushaltsjahren den dafür erforderlichen **Abbaupfad** (10 % des Ausgangswertes im Jahr 2010) einzuhalten.

Im April 2011 wurde hierzu mit dem Bund eine „**Verwaltungsvereinbarung** zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen“ unterzeichnet, die vor allem die technischen Details und Berechnungsgrundlagen für den Ausgangswert und die Realisierungsstufen des vorzusehenden Defizitabbaus regelt. § 3 dieser Verwaltungsvereinbarung weist aus, dass das strukturelle **Finanzierungsdefizit 2010** der bremischen Haushalte, das in gleichmäßigen Schritten bis 2020 abzubauen ist, zum Stichtag (15. April 2011) **1.218,9 Mio. €** betrug.

Die einzelnen **Verfahrensschritte** zur Ermittlung dieses Ausgangswertes sind in der **Anlage 1** dargestellt. Die ausführlichere Ableitung ist erforderlich, um

- für die Plan- bzw. Aufstellungsjahre der Haushalte die **Methodik zur Rückrechnung** vom strukturellen Defizit **zum Finanzierungssaldo** des Kernhaushaltes zu verdeutlichen und zugleich
- durch exakte Übertragung der mit dem Bund verabredeten Berechnungsmethode auf die Einzelhaushalte des Stadtstaates auch die entsprechenden **Ausgangswerte des Landes und beider Stadtgemeinden** ermitteln zu können.

Vereinfacht beschrieben ergibt sich der für die weitere Haushaltsgestaltung zentral bedeutsame Betrag demnach – exemplarisch abgeleitet für den Stadtstaat insgesamt - aus folgender **Berechnung**:

- **Finanzierungssaldo des Stadtstaates** (konsolidierte Berechnung der Einzelhaushalte gemäß Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes (einschließlich Auslaufperiode))
- 1.253,7 Mio. €
- **Finanzielle Transaktionen** (Herausrechnung ausschließlich auf Veränderungen des Vermögens abzielender Positionen auf der Einnahme- und Ausgabeseite)
- 4,9 Mio. € => -1.258,6 Mio. €

- **Nettokreditaufnahme der Sondervermögen** (Einbeziehung der Neuverschuldung ausgegliederter Bereiche des Staatssektors, die in den bremischen Haushalten ab 2011 ausschließlich über den Kernhaushalt abgewickelt werden)
- 74,4 Mio. € => -1.332,9 Mio. €
- **Ex ante-Konjunkturbereinigung** (aus einer bundesweiten Produktionslücke abgeleiteter Betrag, um den die originären Steuereinnahmen rechnerisch hinter einem konjunkturellen Normalniveau zurückbleiben)
+ 83,6 Mio. € => - 1.249,3 Mio. €
- **Ex post-Konjunkturbereinigung** (nach Abschluss des Haushaltsjahres zu ermittelnde Bereinigungen (Umrechnung von Ist-Einnahmen auf Ansprüche („periodengerechte Abgrenzung“), Differenz der unterstellten steuerabhängigen Einnahmen zum Ist und Effekte von Steuerrechtsänderungen), von denen ab 2011 nur noch eventuelle Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen zur nachträglichen Ergebniskorrektur des strukturellen Defizits beitragen)
+ 30,4 Mio. € *) => -1.218,9 Mio. €
(^{*)} einschließlich berechnungstechnischer Ableitungsdifferenz)

Bei Übertragung dieses Berechnungsansatzes auf die Einzelhaushalte des Stadtstaates ergeben sich als **Ausgangswerte der bis 2020 abzubauenen strukturellen Defizite** für 2010 folgende Beträge (vgl. **Anlage 1**):

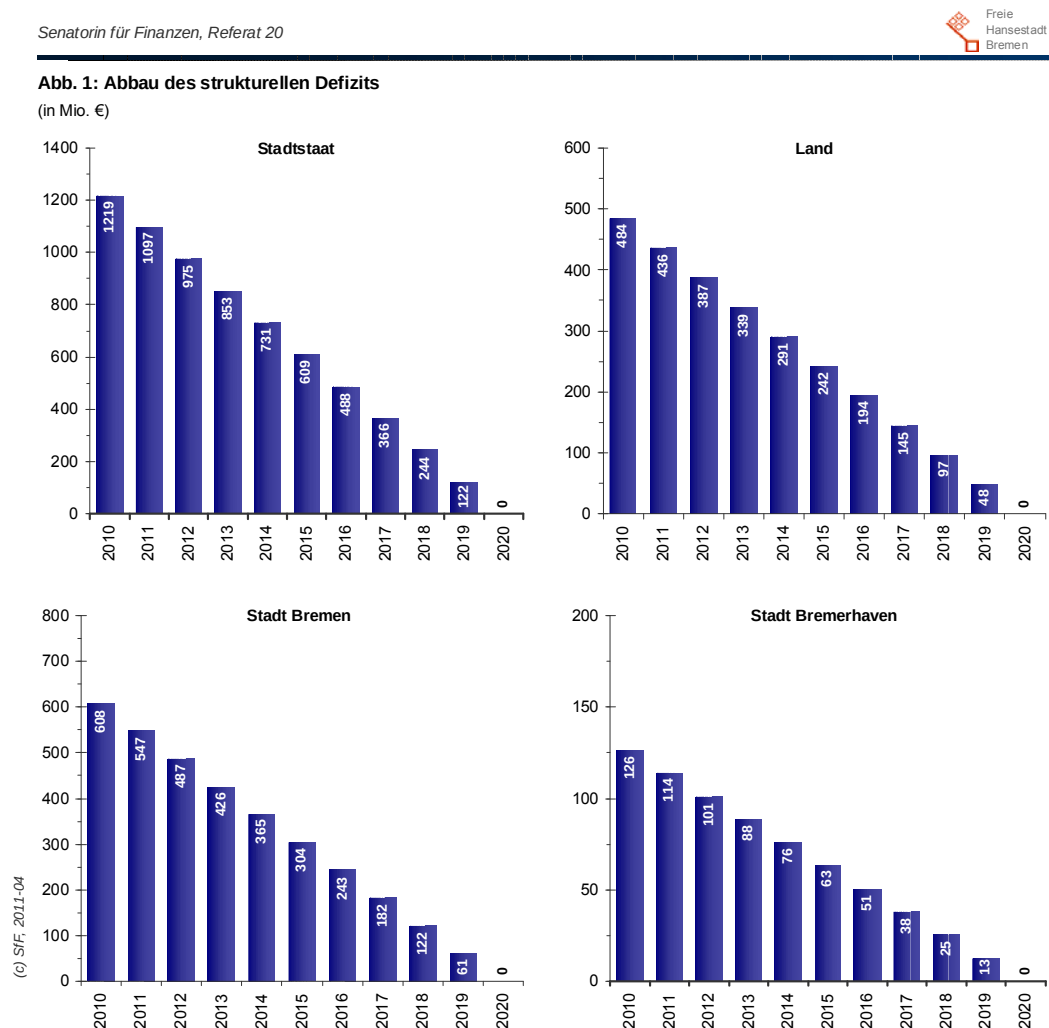
Land Bremen	484,3 Mio. €
<u>Stadt Bremen</u>	<u>608,2 Mio. €</u>
Land und Stadtgemeinde Bremen	1.092,5 Mio. €
<u>Stadt Bremerhaven</u>	<u>126,4 Mio. €</u>
Stadtstaat Bremen	1.218,9 Mio. €

Die Aufteilung verdeutlicht, dass die **Haushaltsprobleme** des Stadtstaates in deutlich überwiegendem Maße **auf der kommunalen Ebene** liegen. Wäre – wie in den Konsolidierungshilfe beziehenden Flächenländern - auch in Bremen bis 2020 nur das strukturelle **Defizit des Landes** abzubauen, wäre insgesamt nur eine Lücke von rd. **484 Mio. €** zu schließen. Die **Städte Bremen und Bremerhaven** weisen hingegen zusammen eine Finanzierungslücke von etwa **735 Mio. €** auf.

Da die Neuverschuldung in allen Einzelhaushalten des Landes vollständig abzubauen ist, besteht damit auch der weit überwiegende Handlungsbedarf zum Abbau des strukturellen Defizits im kommunalen Bereich, der aufgrund überproportionaler Sozialhilfelaisten und großstädtischer Versorgungsfunktionen sowie äußerst begrenzter Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung über nur **geringe Gestaltungsspielräume** verfügt.

Ebenfalls feststellbar ist, dass die **Städte Bremen und Bremerhaven** dabei einwohnerbezogen **vor exakt gleichen Herausforderungen** stehen: Das strukturelle Defizit pro Einwohner beträgt in Bremerhaven 1.115 € und in der Stadt Bremen 1.112 €.

Die im weiteren Konsolidierungszeitraum **maximal zulässigen strukturellen Defizite** in den bremischen Einzelhaushalten sind in der nachfolgenden **Abbildung 1** zusammengefasst.



Für das **Land** und die **Stadtgemeinde Bremen** ergeben sich dementsprechend für die weiteren Berechnungsschritte folgende Ausgangswerte:

Tab. 1: Strukturelles Defizit		in Mio. €									
	Ist	maximal zulässige Werte									
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Land Bremen	-484	-436	-387	-339	-291	-242	-194	-145	-97	-48	0
Stadtgemeinde Bremen	-608	-547	-487	-426	-365	-304	-243	-182	-122	-61	0
Land und Stadtgemeinde Bremen	-1.093	-983	-874	-765	-656	-546	-437	-328	-219	-109	0

2. Finanzierungssaldo der Kernhaushalte

Für die Erstellung des Finanzrahmens für das Land und die Stadtgemeinde Bremen, der ausschließlich die Einnahme- und Ausgabepositionen des Kernhaushaltes abbildet, ist es zunächst erforderlich, vom (maximal zulässigen) strukturellen Defizit der Haushalte auf die unter Konsolidierungsgesichtspunkten auf jeden Fall **einzuhaltende Finanzierungslücke des Kernhaushaltes** zurück zu rechnen. Hierbei sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- a. Mit dem Ersatz der bis 2010 über Kreditaufnahmen der Sondervermögen außerhaushaltsmäßig (vor-) finanzierten Investitionen durch im Kernhaushalt veranschlagte Zuweisungen entfallen die bisher mit eigener Kreditermächtigung ausgestatteten Sondervermögen aus dem für den Konsolidierungskurs relevanten Berichtskreis. Zugleich entfällt damit allerdings auch die Möglichkeit, die bisher über diese Sondervermögen geleisteten Tilgungen für (vor-) finanzierte Investitionen den hierfür im Kernhaushalt bestehenden Ausgabepositionen gegen zu rechnen.

Ab 2011 werden daher – nach entsprechender Vereinbarung mit dem Bund – die im Haushalt zu veranschlagenden **Tilgungen** ausschließlich über den **Bremer Kapitaldienstfonds** (BKF) abgewickelt. Die dort durch die entsprechenden Einnahmen ermöglichte **Nettotilgung** wird durch Einbeziehung des BKF in die Berechnungen des strukturellen Defizits **mit dem Finanzierungsdefizit des Kernhaushaltes saldiert**.

Tab. 2: Nettotilgungen im BKF

Land und Stadtgemeinde Bremen

in Mio. €

	2011	2012	2013	2014	2015
aus Einnahmen von Sondervermögen					
Hafen	20,0	31,2	28,1	28,5	28,3
Immobilien und Technik (Stadt)	11,7	10,6	10,7	10,7	10,7
Immobilien und Technik (Land)	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbeflächen (Stadt)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Überseestadt	0,0	8,0	9,0	6,7	0,2
Zusammen	32,4	50,2	48,2	46,3	39,6
aus Einnahmen von Ressorts	21,5	33,0	23,4	17,6	11,4
Insgesamt	53,9	83,2	71,6	63,9	50,9

Senatorin für Finanzen; Referat 20

Hieraus folgt einerseits, dass bei **Planung und Aufstellung der Haushalte** die im Kernhaushalt für derartige Tilgungszahlungen vorgesehenen Positionen betragsmäßig jeweils den im BKF für dasselbe Haushaltsjahr zugrunde gelegten **Einnahmeerwartungen entsprechen** müssen. Andererseits bedeutet die Neutralisierung dieser Positionen, dass die Einnahmen des BKF für Tilgungen zu einer **rechnerischen Verbesserung des Gesamtdefizits** der Haushalte in der vorgesehenen Größenordnung führen. In **Tabelle 2** sind die Tilgungseinnahmen des BKF, die dementsprechend dem maximal zulässigen strukturellen Defizit gegen zu rechnen sind, nach derzeitigem Planungsstand abgebildet.

- b. Das zur Ermittlung des strukturellen Defizits im Basisjahr 2010 angewandte Verfahren zur (Ex ante-) **Konjunkturbereinigung** ist auch für die Planung und Aufstellung der weiteren Haushalte im Konsolidierungszeitraum heran zu ziehen. Aus prognostizierten bundesweiten Produktionslücken wird hierzu über sogenannte „Budgetsensitivitäten“ (Aus-

wirkungen der Produktionslücken auf das Steueraufkommen der Länder und Gemeinden) und den hierauf entfallenden bremischen Anteil errechnet, in welcher Größenordnung die aus den Steuerschätzungen ableitbaren Einnahmeansätze der bremischen Haushalte vom jeweils unter den Bedingungen einer konjunkturellen Normallage zu erwartenden Einnahmeniveau abweichen.

Tab. 3: Ableitung der Konjunkturkomponenten

in Mio. €

Stadtstaat Bremen

		2011	2012	2013	2014	2015
Projektionen						
	Berechnungsstand	Nov. 2010	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011
Nominales Produktionspotenzial (Bundesgebiet)		2585400	2694600	2771400	2848500	2925800
Nominales Bruttoinlandsprodukt (Bundesgebiet)		2569940	2677100	2757600	2840400	2925800
=> Produktionslücke		15460	17500	13800	8100	0
Konjunkturkomponente Länder		1953	2210	1743	1023	0
	Budgetsensitivität	0,126303	0,126303	0,126303	0,126303	0,126303
Konjunkturkomponente Gemeinden		636	720	568	333	0
	Budgetsensitivität	0,041154	0,041154	0,041154	0,041154	0,041154
Konjunkturkomp. Bremen (Landessteuern)		20,9	23,8	18,8	11,0	0,0
	Anteil an Ländergesamtheit (in %)	1,070585	1,077045	1,077045	1,077045	1,077045
Konjunkturkomp. Bremen (Gemeindesteuern)		6,4	6,8	5,3	3,1	0,0
	Anteil an Ländergesamtheit (in %)	0,998058	0,938273	0,938273	0,938273	0,938273
Ableitungsdifferenz (zum BMF)		0,0	0,2			
Ex ante-Konjunkturkomponente		27,2	30,4	24,1	14,1	0,0
davon						
Land und Stadtgemeinde Bremen		25,6	28,6	22,7	13,3	0,0
Bremerhaven		1,6	1,8	1,4	0,8	0,0

Senatorin für Finanzen; Referat 20

In **Tabelle 3** sind die nach diesem Berechnungsverfahren abgeleiteten Konjunkturkomponenten, die im Planungsprozess als **entlastendes Element** bei der Ausweisung des strukturellen Defizits zu berücksichtigen sind, zusammenfassend dargestellt. **Zu beachten** sind dabei insbesondere folgende Aspekte:

- Die Berechnungen der Konjunkturkomponente für das Jahr 2011 basieren auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2010, die Prognosen für die Folgejahre hingegen auf einem aktuelleren Berechnungsstand (Mai 2011). Dies erklärt die **von 2011 auf 2012** – trotz erwarteter Konjunkturbelebung – sogar noch leicht **ansteigende Tendenz** der Konjunkturkomponente.
- Da die Prognosen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von einer sich jeweils spätestens am Ende eines Mittelfristzeitraumes wieder schließenden Produktionslücke ausgehen, reduziert sich die zu berücksichtigende Konjunkturkomponente **bis 2015 auf Null**.
- Als **endgültige**, nicht mehr veränderbare **Größen** stehen für die spätere konkrete Abrechnung der Haushaltsjahre nach den Kriterien der mit dem Bund geschlossenen Verwaltungsvereinbarung aktuell nur die ausgewiesenen **Konjunkturkomponenten der Jahre 2011 und 2012** fest. Die Werte der Folgejahre stellen vorläufige Ansätze dar, die im weiteren Planungsgang durch Berechnungen der Mai-Steuerschätzungen in den jeweiligen Vorjahren ersetzt werden.
- Die Umrechnung der für den Stadtstaat insgesamt ermittelten Konjunkturkomponenten auf die **Einzelhaushalte** des Landes wurde über die jeweiligen **Anteile an der**

Gesamtheit der bremischen steuerabhängigen Einnahmen (nach kommunalem Finanzausgleich) vorgenommen.

- c. Während die Berechnungen zum strukturellen Defizit bei den Einnahmeansätzen ausschließlich auf den unmittelbaren Regionalisierungsergebnissen der jeweiligen Steuerschätzungen aufsetzen, basieren die in den Haushalten des Stadtstaates veranschlagten bzw. geplanten steuerabhängigen Einnahmen auf eigenen Auswertungen der Steuerschätzungen, die aktuellere Entwicklungen, vom Bundesdurchschnitt abweichende Sondereffekte und – soweit möglich – vor allem die z. T. beträchtlichen Differenzen zwischen Ansprüchen und Kassenwirksamkeit des bundesstaatlichen Finanzausgleichs berücksichtigen.

Hieraus folgt einerseits, dass bei der Rückrechnung des strukturellen Defizits auf die (maximal zulässigen) Finanzierungssalden des Kernhaushaltes die **Differenzbeträge zwischen Regionalisierung und bremischer Schätzung** auf Basis der Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ als Bereinigungen zu berücksichtigen sind. Andererseits wird deutlich, dass für die Berechnung der tatsächlich realisierten Abbauschritte des strukturellen Defizits ausschließlich die unmittelbaren Regionalisierungsergebnisse maßgeblich sind, die über prozentuale Anteile der einzelnen Steuerarten (im jeweils abgeschlossenen Zeitraum von 12 Monaten) die Prognosewerte der Steuerschätzungen rein rechnerisch auf die Länder und Gemeinden des Bundesgebietes verteilen. **Unterjährige steuerabhängige Mehr- oder Mindereinnahmen** gegenüber diesen Planwerten sind damit für die Einhaltung der Neuverschuldungsgrenzen ebenso **irrelevant** wie die für die Anschlagbildung maßgeblichen **bremischen Schätzungen**.

In **Tabelle 4** sind die **Umrechnungsbeträge** zwischen strukturellem Defizit (Regionalisierung) und im Kernhaushalt veranschlagten bzw. vorzusehenden Ansätzen (eigene Schätzungen) abgeleitet und dargestellt. Dabei ist insbesondere auf folgende Sachverhalte hinzuweisen:

- Die relativ deutliche **Differenz** zwischen Regionalisierung und eigener Schätzung **im Haushaltsjahr 2011** (netto 111 Mio. €) ist insbesondere auf die im Rahmen der November-Steuerschätzung 2010 für das Bundesgebiet insgesamt unterstellte deutliche **Zunahme des Steueraufkommens** zurückzuführen, die zwar in den Regionalisierungsergebnissen abgebildet wurde, **in den bremischen Haushalten** jedoch bis Ende des Vorjahres – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Planungen für das Jahr 2011 – **nicht mit vollzogen** werden konnten. Die rechnerischen Mehreinnahmen der Folgejahre in Höhe von rd. 36 Mio. € p. a. beruhen auf positiveren Erwartungen der unmittelbar aus der Steuerschätzung errechneten Prognosen gegenüber den Bremen-internen Schätzungen im Mai 2011, die sich als Basiseffekte bis in das Endjahr des Finanzplan-Zeitraumes fortschreiben.
- Analog zur Konjunkturbereinigung sind auch die rahmensetzenden Regionalisierungsergebnisse **nur für die Haushaltsjahre 2011 und 2012** bereits in der dargestellten Größenordnung für die Berechnung der strukturellen Defizite **festgeschrieben**. Die Ausgangswerte ab 2013 ergeben sich aus den Mai-Steuerschätzungen der jeweiligen Vorjahre.

- Die **innerbremische Verteilung** der Differenzbeträge muss über relativ aufwändige **Modellrechnungen** erfolgen, weil die Regionalisierungsergebnisse eine Aufteilung der gemeindlichen Einnahmen zwischen den Städten Bremen und Bremerhaven nicht vorsehen und kleinere Gemeindesteuern grundsätzlich nicht ausweisen. Maßstab für die Verteilung sind dabei die Ergebnisse der bremischen Steuerschätzung.
- Mit der Festlegung der Differenzbeträge ist es für die weiteren Berechnungen zur Ausfüllung des Finanzrahmens erforderlich, im Hinblick auf die konsolidierungskonforme Gestaltung der übrigen Haushaltspositionen die **Anschlag- bzw. Planwerte** für die steuerabhängigen Einnahmen in den Haushalten **exakt in Höhe der für die Ableitung berücksichtigten bremischen Steuerschätzergebnisse** zu bilden.

Tab. 4: Bremische Steuerschätzung und Regionalisierung

in Mio. €

Land und Stadtgemeinde Bremen

	2011	2012	2013	2014	2015
Bremische Steuerschätzung					
Berechnungsstand	Nov. 2010	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011
Steuereinnahmen Land Bremen	1406,2	1510,8	1587,0	1651,5	1715,8
Steuereinnahmen Stadt Bremen	610,8	643,2	678,6	706,5	735,6
Steuereinnahmen Stadt Bremerhaven	88,0	96,0	101,0	105,0	109,1
Länderfinanzausgleich	381,0	481,0	506,0	527,0	549,0
Bundesergänzungszuweisungen 1)	146,0	162,0	171,0	178,0	185,0
Steuerabhängige Einnahmen insgesamt	2632,0	2893,0	3043,6	3168,0	3294,5
Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven	68,3	75,8	79,4	82,5	85,6
=> Steuerabhängige Einnahmen nach KFA					
Land und Stadtgemeinde Bremen	2475,7	2721,2	2863,2	2980,5	3099,8
Anteile (in %)	94,060	94,062	94,071	94,081	94,088
Stadt Bremerhaven	156,3	171,8	180,4	187,5	194,8
Anteile (in %)	5,940	5,938	5,929	5,919	5,912
Ergebnisse der Regionalisierung					
Berechnungsstand	Nov. 2010	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011
Steuereinnahmen Land Bremen	1417,0	1545,0	1621,0	1686,0	1751,0
Steuereinnahmen bremische Gemeinden	727,0	722,0	762,0	794,0	825,0
Länderfinanzausgleich	451,0	496,0	521,0	542,0	564,0
Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen	147,0	162,0	171,0	178,0	185,0
Zusammen	2742,0	2925,0	3075,0	3200,0	3325,0
+ Sonstige Gemeindesteuern 2)	7,6	6,6	6,7	6,9	7,0
Steuerabhängige Einnahmen insgesamt	2749,6	2931,6	3081,7	3206,9	3332,0
Differenz zur bremischen Steuerschätzung	117,5	38,6	38,1	38,9	37,5
Innerbremische Aufteilung (nach KFA)					
Land und Stadtgemeinde Bremen	110,6	36,3	35,9	36,6	35,2
Anteile (in %)	94,060	94,062	94,071	94,081	94,088
Stadt Bremerhaven	7,0	2,3	2,3	2,3	2,2
Anteile (in %)	5,940	5,938	5,929	5,919	5,912

1) Ohner Sonderbedarfs-BEZ

2) Hundeabgabe, Vergnügung- und Zweitwohnungsteuer (von Regionalisierung nicht erfasst)

- d. Als **finanzielle Transaktionen** eingestufte Einnahme- und Ausgabepositionen werden bei der Berechnung der strukturellen Defizite nicht berücksichtigt und sind insofern im Rahmen der Zurückrechnung auf den Kernhaushalt **abzusetzen**. Aus den Anschlagwerten 2011 und den auf 2015 fortgeschriebenen Ansätzen der Finanzplanung 2010/2014 ergeben sich dabei die nachfolgend ausgewiesenen Korrekturbeträge (in Mio. €):

	2011	2012	2013	2014	2015
Einnahmen	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausgaben	- 6,3	- 10,1	- 10,1	- 10,1	- 10,1
Saldo	- 5,6	- 9,4	- 9,4	- 9,4	- 9,4

Da die veranschlagten bzw. geplanten Ausgaben für finanzielle Transaktionen dabei die entsprechenden Einnahmen übersteigen, **vermindert** sich in Höhe der Differenz der **Konsolidierungsdruck auf die übrigen Bereiche** des Kernhaushaltes.

Unter Berücksichtigung der vorstehend beschriebenen **Bereinigungsschritte und –beträge** sind die beim strukturellen Defizit des Landes und der Stadtgemeinde Bremen mindestens zu gewährleistenden Abbauschritte in maximal zulässige Finanzierungssalden des Kernhaushaltes umzurechnen. **Tabelle 5** stellt die Ergebnisse dieser Überleitungsrechnung dar und weist die **Finanzierungsdefizite** aus, die aus aktueller Sicht und bei derzeitiger Rahmensetzung bei der Planung und Aufstellung der Haushalte im Mittelfrist-Zeitraum bis 2015 **nicht überschritten werden dürfen**.

Tab. 5: Ableitung der zulässigen Finanzierungssalden

in Mio. €

Land und Stadtgemeinde Bremen

	2011	2012	2013	2014	2015
(maximal zulässige) Strukturelle Defizite	-983,3	-874,0	-764,8	-655,5	-546,3
./. BKF-Einnahmen für Tilgungen	-53,9	-83,2	-71,6	-63,9	-50,9
./. Ex ante-Konjunkturbereinigung	-25,6	-28,6	-22,7	-13,3	0,0
./. Differenz Regionalisierung / brem. Steuerschätzung	-110,6	-36,3	-35,9	-36,6	-35,2
./. Saldo finanzieller Transaktionen	-5,6	-9,4	-9,4	-9,4	-9,4
=> (maximal zulässige) Finanzierungssalden des Kernhaushaltes	-1178,9	-1031,5	-904,2	-778,7	-641,8

Senatoren für Finanzen; Referat 20

3. Einnahmeerwartungen und Ausgaberahmen

Im Rahmen der vorgegebenen maximalen Finanzierungsdefizite sind die einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen der Finanzplan-Periode bis 2015 zu bilden und hieraus die Eckwert-Vorschläge für den Mittelfrist-Zeitraum abzuleiten. Im Folgenden werden hierfür zunächst die Einnahmepositionen – gebildet aus den **nicht-eckwertrelevanten steuerabhängigen Einnahmen (3.1.)** sowie den **sonstige konsumtiven und investiven Einnahmen (3.2.)** – gesetzt, um die Gestaltungsspielräume für die Ausgabeseite der Haushalte zu bestimmen. Nach Herausrechnung der ebenfalls nicht eckwert-relevanten **Zinsausgaben (3.3.)** ergeben sich die finanzierbaren **Primärausgaben**, deren Entwicklung unter dem Aspekt der mittelfristig einzuhaltenden Konsolidierungsziele und um eine überproportionale Verlagerung struktureller Verbesserungsnotwendigkeiten in die Restjahre der Finanzplan-Periode zu vermeiden über den gesamten Planungszeitraum **möglichst gleichmäßig** gestaltet werden sollte **(3.4.)**.

3.1. Steuerabhängige Einnahmen

Die im Hinblick auf den Abbau der Neuverschuldung der bremischen Haushalte maßgeblichen Einnahmen aus originären Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen ergeben sich – wie unter dem Gliederungspunkt 2 dargestellt – unmittelbar aus den Regionalisierungsergebnissen der Steuerschätzung. Bei der Rückrechnung auf den Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wurden die Differenzen der Regionalisierungsergebnisse zu den Werten der bremischen Steuerschätzung bereinigt (vgl. Tabelle 4 auf Seite 8). Für eine **konsistente Gesamtbe-rechnung** sind demnach im Finanzplan-Zeitraum zunächst **exakt** die im Rahmen der **eigenen bremischen Auswertung der Steuerschätzung** ermittelten Beträge zu veranschlagen bzw. einzuplanen.

Tab. 6: Steuerabhängige Einnahmen

in Mio. €

Land und Stadtgemeinde Bremen		2011	2012	2013	2014	2015
Senat für Finanzen, Referat 20	Bremische Steuerschätzung					
	Berechnungsstand	Nov. 2010	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011	Mai 2011
	Steuereinnahmen Land Bremen	1406,2	1510,8	1587,0	1651,5	1715,8
	Steuereinnahmen Stadt Bremen	610,8	643,2	678,6	706,5	735,6
	Länderfinanzausgleich	381,0	481,0	506,0	527,0	549,0
	Bundesergänzungszuweisungen 1)	206,3	222,3	231,3	238,3	245,3
Steuerabhängige Einnahmen insgesamt		2604,3	2857,3	3002,9	3123,3	3245,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)			+ 9,7 %	+ 5,1 %	+ 4,0 %	+ 3,9 %

1) Einschließlich Sonderbedarfs-BEZ

Die dabei einzusetzenden Werte sind in **Tabelle 6** zusammengestellt. Bei Betrachtung der Entwicklungsreihe sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die (Anschlag-) **Werte für 2011** beruhen auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2010 und **spiegeln** dementsprechend noch **nicht die** zwischenzeitlich deutlich **verbesserten Einnahmeerwartungen wider**, die mit Verzögerungen inzwischen auch für die bremischen Haushalte gelten. Für die Berechnungen zum strukturellen Defizit ist dieser Sachverhalt allerdings **unerheblich**, weil mit Berücksichtigung der Regionalisierungsergebnisse ohnehin für 2011 ein um rd. 112 Mio. € höheres Einnahmenniveau zugrunde gelegt wird.

Zugleich erklärt der zu geringe Einnahmeansatz 2011 zum Teil den **massiven Anstieg** der steuerabhängigen Einnahmen gegenüber dem Vorjahr für das Jahr **2012** (+ 9,7 %). Für die Entwicklung des strukturellen Defizits wird hier allerdings auch in den Regionalisierungsergebnissen ein Zuwachs von rd. 6,7 % unterstellt.

- Die Zuwachsraten der **Folgejahre** entsprechen den auch in der Regionalisierung abgebildeten Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“. Sollten sich die dabei erwarteten Einnahmesteigerungen **als zu optimistisch erweisen**, sind im Rahmen zukünftiger Steuerschätzungen entsprechende **Abschläge zu erwarten**, die über die Regionalisierungsergebnisse auch die unter Konsolidierungsgesichtspunkten bestehenden Gestaltungsspielräume der bremischen Haushalte weiter einschränken würden.

3.2. Sonstige Einnahmen und Ausgabeverahmen

Für die weiteren Einnahmepositionen der Haushalte werden die **Ansätze der Finanzplanung 2010/2014** übernommen bzw. fortgeschrieben:

- Bei den **sonstigen konsumtiven Einnahmen** fließen dabei auch **Einnahmeverbesserungen** in die Planwertbildung ein, die am 08. März 2010 vom Senat beschlossen und anschließend im Finanzrahmen 2010/2014 berücksichtigt wurden (2012: 3 Mio. €; 2013: 5 Mio. €; 2014 ff.: 7 Mio. €). Zugleich wurden **Einnahmeausfälle**, die im Aufstellungsverfahren 2011 einzurechnen waren (Verkehrsüberwachung, Ordnungsangelegenheiten, Bürgerservice, Grundbuchsachen, Gerichtsgebühren etc.), als Basiseffekte in den Finanzplan-Zeitraum fortgeschrieben. Für das Haushaltsjahr **2015** wird – wie für 2014 (ohne die vorstehend erwähnten Einnahmeverbesserungen) – ein nur noch marginaler Zuwachs der sonstigen konsumtiven Ausgaben (**+ 0,5 %**) unterstellt. Insgesamt ergibt sich damit für die mittelfristige Planung folgende **Entwicklungsreihe** (in Mio. €):

	2011	2012	2013	2014	2015
	495,7	502,2	508,5	512,0	514,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5

- Die **investiven Einnahmen** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen weisen – mit Ausnahme der im Zeitraum 2009/2011 kassenwirksamen Beträge aus dem Konjunkturprogramm II – nur noch ausgesprochen **geringe Dynamik** auf. Für das Endjahr der Finanzplanung 2010/2014 wurde dementsprechend bereits ein Nullwachstum dieser Einnahmepositionen unterstellt. Aus aktueller Sicht ist auch für 2015 **keine nominale Niveauerhöhung**, d. h. ein weiterer realer Rückgang der investiven Einnahmen, zu erwarten. Für den Finanzplan-Zeitraum insgesamt ergeben sich damit folgende **Ausgangswerte** (in Mio. €):

	2011	2012	2013	2014	2015
	495,7	502,2	508,5	512,0	514,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5

In **Tabelle 7** sind die vorstehend beschriebenen Einnahmeerwartungen den im Finanzplan-Zeitraum maximal zulässigen Finanzierungssalden des Kernhaushaltes gegenüber gestellt. Hieraus ergeben sich die nach derzeitigem Berechnungsstand unter Konsolidierungsgesichtspunkten **bis 2015 nicht zu überschreitenden Maximalwerte der** in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen möglichen **Bereinigten Ausgaben**.

Tab. 7: Ableitung des zulässigen Ausgabeverahmens

in Mio. €

Land und Stadtgemeinde Bremen					
	2011	2012	2013	2014	2015
(maximal zulässige) Finanzierungssalden des Kernhaushaltes	-1178,9	-1031,5	-904,2	-778,7	-641,8
+ Steuerabhängige Einnahmen	2604,3	2857,3	3002,9	3123,3	3245,7
+ Sonstige konsumtive Einnahmen	495,7	502,2	508,5	512,0	514,5
+ Investive Einnahmen	89,2	90,1	91,0	91,0	91,0
=> (maximal zulässige) Bereinigte Ausgaben des Kernhaushalts	4368,1	4481,1	4506,7	4505,0	4493,1

3.3. Zinsausgaben und Primärausgaberahmen

Für die Bestimmung der verbleibenden Gestaltungsspielräume der Primärausgaben im Finanzplan-Zeitraum sind die Bereinigten Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde um die zu leistenden Zinsausgaben zu reduzieren. Bei den Zinsausgaben wurden dabei nicht mehr die Ansätze der erst zu Jahresbeginn 2011 beschlossenen Finanzplanung 2010/2014 übernommen, sondern **aktuelle Zinsmarktsätze** vom 1. August 2011 in Ansatz gebracht, die sich zum Zeitpunkt der Erstellung aus den bereits eingegangenen vertraglichen Zinsverpflichtungen aus Krediten und Zinssicherungsgeschäften sowie aus den erwarteten Zahlungsverpflichtungen für die noch einzugehenden Kreditaufnahmen aus Neuverschuldung sowie Refinanzierungen / Prolongationen errechneten. Anlass für diese Anpassung der Zinssätze waren die durch die Schuldenkrise in den USA und Europa gegenüber der bisherigen Planung **stark gefallen** Zinsen in Deutschland, die durch die Kapitalflucht nach Deutschland bedingt waren und auch aktuell noch anhalten.

Die sich vor diesem Hintergrund ergebende Ausgabenentwicklung ist Ausdruck der Bemühungen, die Entwicklung der Zinsausgaben weiter **auf niedrigem Niveau zu verstetigen**, um im Hinblick auf die Vorgaben aus der Föderalismuskommission II **hohe Planungssicherheit** für die Zinsausgabenanschläge bis 2020 zu erreichen. Die historisch niedrigen Zinsen tragen dabei dazu bei, die Zinsausgabenanschläge gegenüber vorherigen Planungen erheblich abzusenken, und sollen nach Möglichkeit genutzt werden, die erwarteten Kreditaufnahmen auch weiterhin im Sinne einer möglichst exakten **Einhaltung der Ausgaben-Planwerte** absichern.

Die Planwerte berücksichtigen dabei auch die bei entsprechenden Zahlungen eintretenden zinsmindernden **Effekte der Konsolidierungshilfen**, deren Entlastungswirkungen – orientiert an der Relation der strukturellen Finanzierungsdefizite – zu 89,6 % dem Land und der Stadtgemeinde Bremen sowie zu 10,4 % der Stadt Bremerhaven zugerechnet wurden.

In Abhängigkeit von Laufzeiten, Fälligkeiten und Sondereffekten (insbesondere Konsolidierungshilfen) weist die **Finanzplanung 2011/2015** für die Zinsausgaben die nachfolgend genannten Werte (in Mio. €) aus. Für **2015**, dem Fortschreibungsjahr des aktuellen Finanzrahmens, wurde – vorbehaltlich noch durchzuführender Detailberechnungen – zunächst ein Anstieg der Zinslasten gegenüber dem Vorjahr um **+ 5,3 %** unterstellt.

2011	2012	2013	2014	2015
622,6	632,7	654,4	646,6	680,8

Bestandteil der in Land und Stadtgemeinde Bremen aufzuwendenden Zinszahlungen sind dabei auch Ausgaben, die – im Wesentlichen im Zusammenhang mit der **Abdeckung von Vorfinanzierungen** – den Eckwerten einzelner Produktpläne zugeordnet sind.

Am Ende der beschriebenen Ableitungsstufen ergibt sich aus den Abbauschritten des strukturellen Defizits, die für das Land und die Stadtgemeinde Bremen einzuhalten sind, unter den aktuellen Annahmen zur Konjunktur- und Steuerentwicklung sowie unter Berücksichtigung der in den Haushalten vorgesehenen Einnahmeansätze und Planwerte für Zinsausgaben die in **Tabelle 8** ausgewiesene Reihe der in den Haushaltsjahren des Zeitraumes **2011/2015 nicht zu überschreitenden Primärausgaben-Niveaus**. Deutlich wird dabei zunächst die aufgrund der z. T. sprunghaften Veränderungen der zu berücksichtigenden Ableitungsfaktoren ausgesprochen **ungleichmäßige Entwicklung** des Ausgaberahmens sowie die über den Gesamtzeitraum nur **marginalle Steigerung** der zulässigen Primärausgaben.

Tab. 8: Ableitung des zulässigen Primärausgaberahmens

in Mio. €

Land und Stadtgemeinde Bremen

	2011	2012	2013	2014	2015
(maximal zulässige) Strukturelle Defizite	-983,3	-874,0	-764,8	-655,5	-546,3
J. BKF-Einnahmen für Tilgungen	-53,9	-83,2	-71,6	-63,9	-50,9
J. Ex ante-Konjunkturbereinigung	-25,6	-28,6	-22,7	-13,3	0,0
J. Differenz Regionalisierung / brem. Steuerschätzung	-110,6	-36,3	-35,9	-36,6	-35,2
J. Saldo finanzieller Transaktionen	-5,6	-9,4	-9,4	-9,4	-9,4
=> (maximal zulässige) Finanzierungssalden des Kernhaushaltes	-1178,9	-1031,5	-904,2	-778,7	-641,8
+ Steuerabhängige Einnahmen	2604,3	2857,3	3002,9	3123,3	3245,7
+ Sonstige konsumtive Einnahmen	495,7	502,2	508,5	512,0	514,5
+ Investive Einnahmen	89,2	90,1	91,0	91,0	91,0
=> (maximal zulässige) Bereinigte Ausgaben des Kernhaushalts	4368,1	4481,1	4506,7	4505,0	4493,1
J. Zinsausgaben	622,6	632,7	654,4	646,6	680,8
=> (maximal zulässige) Primärausgaben des Kernhaushalts	3745,5	3848,4	3852,3	3858,4	3812,3

Senatorin für Finanzen, Referat 20

3.4. Primärausgaben-Entwicklung

Aus den abgeleiteten Rahmensetzungen sind die konkreten Plandaten des für die Haushaltsaufstellungen 2012 ff. maßgeblichen Finanzrahmens 2011/2015 abzuleiten. Dabei sind folgende **Anforderungen** zu beachten:

- Erforderlich ist eine Mittelfristplanung, die die **Einhaltung der notwendigen Abbauschritte** des strukturellen Defizits der bremischen Haushalte nicht nur in den Anfangsjahren des Planungszeitraumes, sondern – auf Basis der derzeit absehbaren Rahmensetzungen und Entwicklungen – zumindest auch bis zu dessen **Endjahr** gewährleistet.

Die **Entwicklung der Ausgaben** ist dafür zu **verstetigen**, d. h. rechnerische Gestaltungsspielräume zu Beginn der Planungsperiode dürfen nicht zu strukturellen Mehrausgaben führen, die im weiteren Verlauf des Konsolidierungszeitraumes – u. U. auch vor dem Hintergrund ungünstigerer Rahmenbedingungen – durch zusätz-

liche Einsparungen und Leistungskürzungen nicht mehr auszugleichen sind. Analog zum vorgeschriebenen gleichmäßigen Abbau des strukturellen Defizits sind daher auch die Anstrengungen zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs durch **Glättung der Primärausgaben-Entwicklung** kontinuierlich und in möglichst gleichmäßiger Verteilung über den Gesamtzeitraum der Mittelfristplanung zu gestalten.

- Gestaltung und Entwicklung der bremischen Haushalte stehen aufgrund der bestehenden Sanierungsverpflichtungen und der hierfür gewährten Konsolidierungshilfen unter **besonderer Beobachtung** des Bundes und der übrigen Länder. Noch im Oktober 2011 ist dem Stabilitätsrat in Form eines **Sanierungsprogramms** darzulegen, mit welchen konkreten Anstrengungen zur Ausgabenbegrenzung und/oder Einnahmeverbesserung die Freie Hansestadt Bremen – zunächst bis 2016 – ihren notwendigen **Eigenbeitrag zur Befreiung aus der extremen Haushaltsnotlage** erbringen wird.

Im Rahmen dieser Berichterstattung werden die Bemühungen des Landes zur Drosselung der Neuverschuldung insbesondere auch an den Vergleichsdaten der Haushalte der übrigen Länder zu messen und zu bewerten sein. Konkret bedeutet dies, dass Bremen die Ernsthaftigkeit seines Konsolidierungswillens dabei nur durch deutlich **über den Bundesdurchschnitt hinausgehende Abbauschritte der Haushaltsdefizite** dokumentieren kann. Einer Ausschöpfung zu Beginn des mittelfristigen Planungszeitraumes rechnerisch bestehender Ausgabenspielräume für eine weitere **Erhöhung der Primärausgaben** sind auch aus diesem Grund **extrem enge Grenzen** gesetzt.

- Bei der Festlegung des Entwicklungspfades der Haushalte ist zu berücksichtigen, dass schon im Mittelfrist-Zeitraum bis 2015 **Risiken** drohen, die die Einhaltung der jährlichen Abbauschritte des strukturellen Defizits gefährden könnten und u. U. nicht in der dann erforderlichen Kurzfristigkeit durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen zu kompensieren sind:
 - Zu beachten ist einerseits, dass die – der aktuellen Steuerschätzung entnommenen - Einschätzungen zur Entwicklung der **steuerabhängigen Einnahmen** für den Planungszeitraum vor dem Hintergrund der bisher zu verzeichnenden konjunkturellen Belebung ausgesprochen positiv ausfallen. Im Rahmen zukünftiger (Mai-) Steuerschätzungen könnten diese **Annahmen** – mit unmittelbaren Folgen für den Handlungsbedarf in den bremischen Haushalten – **zurückhaltender** getroffen werden.
 - Andererseits ist trotz vorsichtiger Kalkulation und ergriffener Maßnahmen zur Verstetigung und Berechenbarkeit der Ausgabenentwicklung nicht auszuschließen, dass **Verschlechterungen der Kapitalmarktkonditionen** zu deutlichen **Mehrbedarfen bei den Zinsausgaben** führen können. Modellrechnungen ergeben, dass eine Erhöhung der Zinssätze um 1,0 % bei ansonsten unveränderten Annahmen für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus heutiger Sicht im Jahr 2015 bereits zu Zinsmehrausgaben von über 80 Mio. € führen würden.

Es ist daher – und als Vorsorge für **weitere Unwägbarkeiten** (Tarifeffekte; Preisentwicklungen; konjunkturelle Einflüsse; gesetzliche Rahmenbedingungen; Demografie; Sondereffekte bzw. –bedarfe etc.) – erforderlich, bei der Ableitung des Primärausgaberahmens aus den maximal zulässigen strukturellen Defiziten zumindest in begrenztem Umfang eine **Risikovorsorge** vorzusehen.

Vor dem Hintergrund dieser Anforderungen werden die **Planwerte der Primärausgaben** für den Mittelfrist-Zeitraum bis 2015, die die **Ausgangswerte der zu bildenden Eckwerte** darstellen, wie folgt ermittelt (vgl. **Tabelle 9**):

- a. Die in den Jahren 2012/2015 bei unmittelbarer Ableitung aus dem strukturellen Defizit maximal zulässigen Primärausgaben werden um einen bis 2015 auf insgesamt **20 Mio. €** anwachsenden Betrag reduziert, mit dem **Vorsorge** für eventuell eintretende Verschlechterungen in den Rahmensetzungen (insbesondere Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen und der Zinskonditionen) sowie für unvorhergesehene Probleme bei der Realisierung des Defizitabbaus in den Einzelhaushalten des Stadtstaates getroffen wird.
- b. Bei der Ableitung der im Planungszeitraum möglichen Primärausgaben-Entwicklung werden die **Tilgungsausgaben** für außerhaushaltsmäßig vorfinanzierte Investitionsvorhaben **nicht berücksichtigt**. Als parallel in gleicher Höhe zu buchende Einnahmen des Bremer Kapitaldienstfonds (BKF; vgl. 2., Gliederungspunkt a)) wirken sich die Tilgungsausgaben für die Berechnungen des strukturellen Defizits neutral aus. Es ist daher nicht erforderlich, die Entwicklungsreihe der übrigen Primärausgaben auf die in Abfinanzierungsplänen vorgegebene, uneinheitliche Entwicklung dieser Beträge reagieren zu lassen.
- c. Eine **gleichmäßige Entwicklung** der Primärausgaben (ohne Tilgungsausgaben) im Rahmen der Finanzplan-Fortschreibung und Haushaltsaufstellung würde unter diesen Vorzeichen bedeuten, dass – ausgehend vom Anschlag des Jahres 2011 – bis 2015 im Durchschnitt ein jährlicher Anstieg der Summe aller Personal-, Sozialleistungs-, sonstigen konsumtiven und Investitionsausgaben um rd. 35,5 Mio. € möglich wäre.

Im Hinblick auf die bereits kurzfristig notwendige Vorbereitung einer über 2015 hinausgehenden Finanzplanung (Sanierungsprogramm für Stabilitätsrat) und vor allem im Interesse einer belastbaren längerfristigen Gestaltung des Konsolidierungskurses ist es allerdings erforderlich, auch bereits das Jahr **2016 in die Berechnungen einzubeziehen**. Der **durchschnittliche Anstieg der Primärausgaben** im Zeitraum **2011/2016** kann dann rechnerisch nur noch rd. **22,5 Mio. €** betragen (vgl. **Tabelle 2**). Diese Ausgabenentwicklung, die nach den derzeit geltenden Berechnungsgrundlagen im Jahr 2016 eine Einhaltung des vorgegebenen strukturellen Defizits für das Land und die Stadtgemeinde Bremen gerade noch, also ohne Reserven gewährleisten würde, entspricht einer durchschnittlichen jährlichen **Zuwachsrate** der Primärausgaben im Zeitraum 2011/2016 von rd. **0,6 %**. Jeder deutlichere Anstieg der Ausgaben im Zeitraum bis 2015 würde aus heutiger

Sicht schon 2016 zu kaum lösbaren Problemen mit der Einhaltung des Konsolidierungspfades führen.

- d. Für die Planungsjahre bis 2014 erfolgt die **Aufteilung** dieses Primärausgaberahmens entsprechend der im Februar 2011 beschlossenen **Finanzplanung 2010/2014**. Für 2015 (und 2016) wird die Fortschreibung bei den Personal-, Sozialleistungs- und sonstigen konsumtiven Ausgaben mit den Zuwachsraten der Vorjahre und für die Investitionsausgaben (- 2,5 % p. a.) mit der Veränderungsrate vorgenommen, die den Anforderungen des Konsolidierungspfades bis 2016 entspricht.
- e. Aus der Differenz der geglätteten Primärausgaben-Entwicklung und den Werten der Finanzplanung 2010/2014 entstehen Differenzen, die im Umfang von **30 Mio. € (2012)** und **20 Mio. € (2013)** zur (Vor-) **Finanzierung struktureller Entlastungen** genutzt werden. Mit den vorgesehenen Maßnahmen sollen für den weiteren Sanierungskurs nachhaltige kostensenkende Effekte erreicht werden (vgl. Ziff. 4.3).
- f. Aufgrund von Basiseffekten der aktuell überproportional steigenden steuerabhängigen Einnahmen und der zwischenzeitlich weiter verbesserten Zinskonditionen bestehen gegenüber den Rahmensetzungen der Finanzplanung 2010/2014 temporär **weitere rechnerische Ausgabespielräume**. Die Entwicklung dieser in **Tabelle 2** nachrichtlich ausgewiesenen **Differenzbeträge** zu den jährlichen Maximalwerten des strukturellen Defizits belegt jedoch, dass sie **keine tatsächlichen Spielräume** für eine strukturelle Ausweitung der Haushalte gegenüber den dargestellten Planwerten eröffnen:

Trotz der eher restriktiven Vorgaben für die Gestaltung der Ausgabenentwicklung sind im **Endjahr des Planungszeitraumes 2015** die zwischenzeitlich relativ hohen rechnerischen Abweichungen, die nicht Ausdruck verstärkter Sparanstrengungen sondern ausschließlich Konsequenz verbesserter externer Rahmenbedingungen sind, **bereits auf** einen Betrag von knapp **49 Mio. € abgeschmolzen**. Die Fortschreibung des Konsolidierungspfades für das Haushaltsjahr **2016** zeigt, dass dieser Betrag schon im ersten Jahr nach Ablauf des aktuellen Planungszeitraumes **vollständig verbraucht** ist. Das dem Stabilitätsrat in Kürze vorzulegende **Sanierungsprogramm** wird das Jahr 2016 umfassen und muss dabei eine **schlüssige Entwicklung** über den Gesamtzeitraum 2011/2016 aufzeigen, bei der die Erbringung der notwendigen **Eigenbeiträge** zur Haushaltssanierung nicht in überdurchschnittlichem Maße auf das Jahr 2016 verschoben werden. Dieser Anspruch wird mit der Nichtausschöpfung der rechnerisch bestehenden Neuverschuldungsspielräume erfüllt.

Konkret bedeutet dies, dass im Planungszeitraum **keine weiteren strukturellen Verschlechterungen vorzusehen** sind und damit in den kommenden Jahren jede durch Mehrausgaben und/oder Mindereinnahmen ausgelöste strukturelle Vergrößerung des Finanzierungsdefizits gegenüber den ausgewiesenen Rahmendaten

noch bis Ende des Planungszeitraumes zusätzlich zu den ohnehin notwendigen realen Leistungseinschränkungen abzubauen ist.

- g. U. U. möglich wäre eine **teilweise Nutzung** der ausgewiesenen Differenzwerte für einmalige **Investitionsausgaben** mit dauerhaft günstiger fiskalischer Nutzen-Kosten-Relation sowie für strukturell sinnvolle und rentable **Vorziehmaßnahmen**. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass diese Inanspruchnahme nur in **sehr begrenztem Maße** erfolgen kann. Zu berücksichtigen ist vor allem die bereits erwähnte Berichtspflicht gegenüber dem Stabilitätsrat, in deren Rahmen die Freie Hansestadt Bremen nachzuweisen hat, dass die **Eigenanstrengungen des Landes** zur Sanierung der Haushalte - ablesbar insbesondere an der Ausgabengestaltung – deutlich über die **Durchschnittswerte aller Länder** hinausgehen.

Tab. 9: Entwicklung der Primärausgaben

Land und Stadtgemeinde Bremen

in Mio. €

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Anschlag	Maximalwerte				
(maximal zulässige) Primärausgaben	3653,2	3848,4	3852,3	3858,4	3812,3	3758,8
./. Risikobetrag		-5,0	-10,0	-15,0	-20,0	
./. Tilgungsausgaben	-53,9	-83,2	-71,6	-63,9	-50,9	-46,9
=> Primärausgaben (ohne Tilgungsausgaben)	3599,3	3760,2	3770,7	3779,5	3741,3	3711,9
nachr.: Glättung (+ 22,5 Mio. € p. a.)	3599,3	3621,8	3644,3	3666,8	3689,4	3711,9
=> Primärausgaben	3653,2	3705,0	3715,9	3730,8	3740,3	3758,8
Personalausgaben	1.164,3	1.176,3	1.187,9	1.198,8	1.210,8	1.222,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,9 %	+ 1,0 %	+ 1,0 %
Sozialleistungsausgaben	679,8	691,4	703,1	715,1	727,2	739,6
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.345,0	1.354,5	1.358,2	1.361,9	1.366,0	1.370,1
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 0,7 %	+ 0,3 %	+ 0,3 %	+ 0,3 %	+ 0,3 %
- Versorgung (Anstalt) 2)	38,2	33,1	33,1	33,1	33,1	33,1
Investitionsausgaben	464,1	457,1	455,0	462,4	439,5	425,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,5 %	- 0,5 %	+ 1,6 %	- 5,0 %	- 3,1 %
- Tilgungsausgaben (= Einnahmen BKF)	53,9	83,2	71,6	63,9	50,9	46,9
=> Investitionsausg. (ohne Tilgungsausg.)	410,2	373,9	383,4	398,5	388,6	378,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)					- 2,5 %	- 2,5 %
- Zuführungen an Sondervermögen	142,9	129,0	126,0	132,0	131,4	131,4
- Sonstige Investitionsausgaben	267,3	244,9	257,4	266,6	257,2	247,5
(Vor-) Finanzierung struktur. Entlastungen 1)		30,0	20,0			
Risikobetrag 2)		5,0	10,0	15,0	20,0	
=> Primärausgaben	3653,2	3714,3	3734,2	3753,3	3763,5	3758,3
nachr.: Abweichung von Maximalwert		-134,1	-118,1	-105,1	-48,7	-0,4

1) Einschließlich investiver Maßnahmen

2) Teilweise Verwendung für Absenkung der investive Einnahmen vorgesehen

= Werte der Finanzplanung 2010/2014

= Setzung für Fortschreibung 2015/2016

4. Finanzrahmen 2011 / 2015

Auf Grundlage der vorstehenden Ableitungen und Setzungen ergibt sich der im Folgenden dokumentierte Zwischenstand des Finanzrahmens 2011/2015. Die Plandaten des **Gesamtrahmens (4.1.)** bilden wiederum die Ausgangswerte für die Vorbereitung der **Eckwerte** in den einzelnen Produktplänen, die im Rahmen der Finanzplanung 2011/2015 erstmals bereits für den Gesamtzeitraum der Mittelfristplanung ausgewiesen werden sollen (**4.4.**). Konkreti-

siert wird in diesem Zusammenhang die Festlegung und Umsetzung (fach-) **politischer Schwerpunktsetzungen (4.2.)** sowie das Verfahren zur Auswahl und Durchführung von (Vor-) **Finanzierungen struktureller Entlastungen (4.3.)**.

4.1. Ausgangswerte

Die wesentlichen Einzelpositionen des Finanzrahmens 2011/2015 sind in der nachfolgenden **Tabelle 10** zusammengefasst.

Tab. 10: Finanzrahmen 2011 / 2015 *)
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Stand: 08. September 2011

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Ist	Anschlag	Planung			
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Steuerabhängige Einnahmen	2.515,1	2.604,3	2.857,3	3.002,9	3.123,3	3.245,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 3,5 %	+ 9,7 %	+ 5,1 %	+ 4,0 %	+ 3,9 %
- Steuereinnahmen	1.942,3	2.017,0	2.154,0	2.265,6	2.358,0	2.451,4
- Länderfinanzausgleich	370,0	381,0	481,0	506,0	527,0	549,0
- allgemeine BEZ	142,5	146,0	162,0	171,0	178,0	185,0
- Sonderbedarfs-BEZ	60,3	60,3	60,3	60,3	60,3	60,3
Sonstige konsumtive Einnahmen	511,2	495,7	502,2	508,5	512,0	514,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 3,0 %	+ 1,3 %	+ 1,3 %	+ 0,7 %	+ 0,5 %
Investive Einnahmen	166,4	104,0	90,1	91,0	91,0	91,0
- Einnahmen aus dem KP II 1)	55,8	14,8				
=> Investive Einnahmen (ohne KP II)	110,6	89,2	90,1	91,0	91,0	91,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 19,3 %	+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,0 %	+ 0,0 %
Bereinigte Einnahmen	3.192,6	3.204,0	3.449,6	3.602,4	3.726,3	3.851,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 0,4 %	+ 7,7 %	+ 4,4 %	+ 3,4 %	+ 3,4 %
Personalausgaben	1.139,8	1.164,3	1.176,3	1.187,9	1.198,8	1.210,8
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,1 %	+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,9 %	+ 1,0 %
- Versorgungsbezüge	370,9	374,7	393,5	407,9	422,3	432,6
- Dienstbezüge für Aktive	768,9	789,6	782,8	779,9	776,6	778,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,7 %	- 0,9 %	- 0,4 %	- 0,4 %	+ 0,2 %
Sozialleistungsausgaben	666,2	679,8	691,4	703,1	715,1	727,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,0 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.357,7	1.345,0	1.354,5	1.358,2	1.361,9	1.366,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 0,9 %	+ 0,7 %	+ 0,3 %	+ 0,3 %	+ 0,3 %
- Versorgung (Anstalt) 2)	38,2	33,1	33,1	33,1	33,1	33,1
Investitionsausgaben	580,2	476,8	457,1	455,0	462,4	439,5
- Ausgaben für das KP II 1)	62,1	12,7				
Investitionsausgaben (ohne KP II)	518,2	464,1	457,1	455,0	462,4	439,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 10,4 %	- 1,5 %	- 0,5 %	+ 1,6 %	- 5,0 %
- Tilgungsausgaben 3)	70,7	53,9	83,2	71,6	63,9	50,9
=> Investitionsausg. (ohne Tilg. und KP II)	447,4	422,9	373,9	383,4	398,5	388,6
- Zuführungen an Sondervermögen	74,7	142,9	129,0	126,0	132,0	131,4
- Nettokreditaufnahme Sondervermögen 2)	86,6					
- Sonstige Investitionsausgaben	286,1	280,0	244,9	257,4	266,6	257,2
(Vor-) Finanzierung struktur. Entlastungen 4)			30,0	20,0		
Risikobetrag 5)			5,0	10,0	15,0	20,0
Primärausgaben	3.744,0	3.665,9	3.714,3	3.734,2	3.753,3	3.763,5
Primärausgaben (ohne Tilgungen)	3.673,3	3.612,0	3.631,1	3.662,6	3.689,3	3.712,6
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,7 %	+ 0,5 %	+ 0,9 %	+ 0,7 %	+ 0,6 %
Zinsausgaben	641,7	622,6	632,7	654,4	646,6	680,8
Bereinigte Ausgaben	4.385,7	4.288,5	4.347,0	4.388,6	4.399,9	4.444,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 2,2 %	+ 1,4 %	+ 1,0 %	+ 0,3 %	+ 1,0 %
Finanzierungssaldo	-1.193,1	-1.084,6	-897,4	-786,2	-673,6	-593,1

*) Ohne saldenneutrale Veränderungen (z. B. Einnahmen und Ausgaben für "Bildung und Teilhabe")

1) 2011 nicht veranschlagt (Restübertragung) 2) 2010: Hinzurechnung 3) Ab 2011: erwartete Einnahmen des BKF
4) Einschließlich investiver Maßnahmen 5) Teilweise Verwendung für Absenkung der investive Einnahmen vorgesehen

Ablesbar ist, dass

- die Einschätzungen zur **Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen**, die sich aus den Projektionen des Arbeitskreises Steuerschätzungen ableiten, mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von **4,3 %** im Zeitraum 2012/2015 eher **optimistisch** ausfallen. Die besonders hohe Zuwachsrate des Jahres 2012 ist darauf zurückzuführen, dass die positiven Einnahmeerwartungen für 2011 im Anschlag des laufenden Jahres noch nicht berücksichtigt sind.
- für die **sonstigen Einnahmepositionen** nach den deutlichen Rückgängen im Jahr 2011 eine nur noch **geringe Wachstumsdynamik** unterstellt wird, die zudem entscheidend durch die im Finanzplan 2010/2014 pauschal eingestellten Einnahmeverbesserungen ab 2012 geprägt sind,
- als **Ausgaberahmen** für Personal, Sozialleistungen, sonstige laufende Kosten und Investitionen in den Haushaltsjahren **bis 2014** die **Finanzplan-Werte 2010/2014** übernommen wurden,
- die Fortschreibung dieser Beträge für das Jahr **2015** mit im Wesentlichen identischen Annahmen erfolgt, sodass sich über den Gesamtzeitraum 2011/2015 **durchschnittliche jährliche Zuwachsraten** von
 - **1,0 %** bei den **Personalausgaben** (einschließlich Versorgung),
 - **1,7 %** bei den **Sozialleistungen**,
 - **0,4 %** bei den **sonstigen konsumtiven Ausgaben** und
 - **1,3 %** bei den **Investitionsausgaben** (ohne Tilgungsausgaben und KP II)ergeben,
- nach Abzug der unter Konsolidierungsgesichtspunkten neutralen Tilgungsausgaben relativ deutliche **Rückgänge der Investitionsausgaben 2012 und 2013** vorgesehen sind, die als Ergebnis entsprechender **Senatsbeschlüsse** vom März 2010 Eingang in die Finanzplanung 2010/2014 gefunden haben,
- **Reservebeträge** in 2012 und 2013 für die (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen und eine **Risikoversorge**, die – wie dargestellt – schon 2016 nicht mehr zur Verfügung steht, für die Einhaltung des Konsolidierungspfades gebildet wurden,
- die Entwicklung der **Primärausgaben** (ohne Tilgungsausgaben) - unter Berücksichtigung der in der Tabelle mit erfassten, jedoch nicht veranschlagten Ausgaben für das Konjunkturprogramm II im Basisjahr 2011 (12,7 Mio. €) - im Zeitraum 2011/2015 einen **durchschnittlichen jährlichen Anstieg** um **0,7 % (ohne KP II: 0,8 %)** aufweist,
- für die **Zinsausgaben** gegenüber der Finanzplanung 2010/2014 eine im Niveau deutlich **abgesenkte Entwicklungsreihe** zu verzeichnen ist,

- die Steigerungsrate der **Bereinigten Ausgaben** 2011/2015 knapp **0,9 % p. a.** beträgt und
- das **Finanzierungsdefizit** der Kernhaushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bis 2015 gegenüber 2010 um rd. **600 Mio. €** (- 50 %) **verringert** wird, so dass mit der Unterschreitung der Zinsausgaben im Endjahr des Planungszeitraumes erstmals wieder ein **positiver Primärsaldo** erreicht wird (2010: - 551 Mio. €).

Die ausgewiesenen Finanzrahmen-Werte beinhalten noch **keine saldenneutralen**, d. h. Einnahme- und Ausgabeseite in gleicher Höhe durchlaufende **Veränderungen des Gesamtrahmens**, zu denen insbesondere die Zahlungsflüsse im Rahmen des Programms für „**Bildung und Teilhabe**“ zählen. Auch Rahmenveränderungen, die aus der vorgesehenen Einführung einer **Tourismusabgabe** bzw. aus der möglichen Einführung einer **Straßenreinigungsgebühr** resultieren würden, sind in die Berechnungen noch nicht einbezogen.

Ebenfalls noch nicht berücksichtigt sind finanzielle Entlastungen, die sich aus einer schrittweisen Übernahme der **Grundsicherung** durch den Bund ergeben würden und nach abschließender Schaffung der gesetzlichen Grundlagen in die Finanzplanung aufgenommen werden sollen. Die noch nicht exakt quantifizierbaren Entlastungsbeträge sollen im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren als **Risikoversorge** für gesetzlich verpflichtete oder aus anderen Gründen unvermeidbare Mehrbedarfe eingesetzt werden.

4.2. Finanzpolitische Schwerpunktsetzungen

Trotz der fortzusetzenden Eigenanstrengungen zur Haushaltssanierung ist es erforderlich, die Planung der bremischen Haushalte durch **politische Schwerpunktsetzungen** auch weiterhin zumindest im noch möglichen Umfang aktiv und nach inhaltlichen Kriterien zu gestalten. Angesichts des einzuhaltenden Konsolidierungspfades können entsprechende Schwerpunkte in der Mittelbereitstellung allerdings nur durch Kompensation im übrigen Haushalt, d. h. durch **Ressortumlagen über den Gesamthaushalt**, finanziert werden.

Für die angelaufene Legislaturperiode sollen (fach-) politische Schwerpunkte der Haushalte vor allem

- beim Ausbau der **Kindertagesbetreuung**,
- bei der **Sprachförderung** in den Kindertagesheimen sowie
- bei der Umsetzung von mehr **ganztägigem Lernen**

gesetzt werden. Bei der Ableitung der Ressort-Eckwerte aus dem Finanzrahmen werden daher für Ganztagschulen und Kindertagesbetreuung folgende **Vorabbeträge** vorgesehen (in T€):

	2012	2013	2014	2015
Konsumtive Ausgaben	10.500	13.000	15.000	15.000
Investitionsausgaben	4.000	4.000	4.000	4.000

Die **Größenordnung** der vorgesehenen Mittelkontingente orientiert sich dabei an den realisierbaren Umlagebeträgen, d. h. an der **Umsetzbarkeit** der Vorabdotierungen durch Einsparungen in den übrigen Aufgabenbereichen. Die konkrete **Zuordnung** der durch Umlage zu finanzierenden Beträge auf die im Einzelnen genannten politischen Schwerpunkte erfolgt **im Rahmen des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens**. Zu berücksichtigen ist dabei, dass aus Landesmitteln finanzierte Ausgaben dieser Schwerpunkt-Maßnahmen zu einer entsprechenden **Beteiligung der Stadt Bremerhaven** führen müssen.

4.3. (Vor-) Finanzierung struktureller Entlastungen

Aufgrund von Basiseffekten der Umstellung auf den Konsolidierungskurs (vor allem Erhöhung der Steuereinnahme-Erwartungen) ergeben sich als Abweichung der Finanzplan-Werte 2010/2014 von einer über den Mittelfrist-Zeitraum bis 2015 geglätteten Entwicklung der Primärausgaben rein rechnerische Differenzbeträge von **30 Mio. € (2012)** und **20 Mio. € (2013)**.

Diese Mittel sollen für eine Unterstützung von Prozessen zur strukturellen Anpassung und Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung verwendet werden. Mit den Projektmitteln sollen nachhaltige kostensenkende Effekte erzielt werden, um die Einhaltung des Konsolidierungskurses zu ermöglichen. Konkret stehen die temporär zusätzlich nutzbaren Mittel damit zur Verfügung für

- die **Finanzierung struktureller Verbesserungen**, die in den Folgejahren zu Entlastungen mindestens in Höhe des Kapitaldienstes führen, und
- die **Zwischenfinanzierung** beschlossener **struktureller Einsparmaßnahmen**, die mit zeitlich verzögerter Wirkung eintreten.

Die Projektmittel sollen insbesondere zur Gestaltung **effizienter und ressourcensparender Arbeitsabläufe** sowie zur Steigerung von **Bürgernähe** und **Prozessqualität** eingesetzt werden. Mit diesen „Investitionen“ in eine Modernisierung der Aufgabenwahrnehmung sollen Effizienzsteigerungen und eine Aufgabenerledigung mit geringerem Personaleinsatz frühzeitiger möglich gemacht werden, als dies im Rahmen der Ressortdeckwerte möglich wäre. Da die Projektmittel nur für die Jahre 2012 und 2013 zur Verfügung stehen, muss eine weitergehende Finanzierung möglicher konsumtiver Folgekosten innerhalb der Ressortdeckwerte dargestellt werden oder bei zentralen Projekten durch eine entsprechende Beschlussfassung zur Vorabdotierung über die Ressorts erfolgen.

Unter Federführung der Senatorin für Finanzen werden die von den Ressorts angemeldeten Projekte gemäß ihrer Effekte priorisiert und dem Senat zur **Beschlussfassung im November 2011** vorgelegt. Bei der Verteilung der Projektmittel stehen die zu erwartenden Effekte und damit die zweckmäßigsten Maßnahmen zur strukturellen Anpassung und Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Vordergrund - eine Quotie-

rung nach Ressortbereichen ist nicht vorgesehen. Die **endgültige Aufteilung** der Mittel wird in den **Haushaltsberatungen für 2012 und 2013** beschlossen.

4.4. Ableitung von Eckwert-Vorschlägen

Bei der im Folgenden abgebildeten Umsetzung der Planwerte des Finanzrahmens in konkrete Eckwert-Vorschläge wurden folgende Setzungen vorgenommen bzw. Verfahrensschritte durchgeführt:

- a. Finanzierungen, die die Einnahme- und Ausgabeseite der Haushalte in gleicher Größenordnung verändern, d. h. sich **neutral** auf den **Finanzierungssaldo** des Kernhaushaltes auswirken, führen zu Veränderungen der Ausgangswerte des Finanzrahmens. Konkret berücksichtigt werden dabei im weiteren Berechnungsgang bereits die **Bundesleistungen für Bildung und Teilhabe** mit Einnahme- und Ausgabebeträgen von jeweils 24,8 Mio. € (2012 und 2013) bzw. 18,7 Mio. € (2014 und 2015). In gleicher Weise würden bei entsprechender Vorbereitung und Beschlussfassung saldenneutrale Effekte einer **Tourismusabgabe** und **Straßenreinigungsgebühr** berücksichtigt, wobei u. U. auch Teile der Mehreinnahmen entlastend für das Finanzierungsdefizit und die Neuverschuldung genutzt werden könnten.

Ebenfalls rahmenerhöhend werden ab 2012 **Betriebskostenzuschüsse nach dem KiföG** in Höhe von 1,6 Mio. € (2012), 3,6 Mio. € (2013) und 4,4 Mio. € (2014 und 2015) abgebildet. Die hiermit korrespondierenden Mehreinnahmen sind als Umsatzsteueranteile Bestandteil der unverändert beizubehaltenden steuerabhängigen Einnahmen, so dass in ihrer Höhe gegenüber den ursprünglichen Ausgangswerten des Finanzrahmens eine **Verschlechterung der Finanzierungssalden** eintritt.

Mindereinnahmen und Minderausgaben in gleicher Größenordnung (knapp 2,4 Mio. €) verursachen hingegen ab 2012 **Nettostellungen** bei der Finanzierung des **Deutschen Schiffahrtsmuseums**.

- b. Bei der Mittelzuordnung nach Produktplänen werden einzelne Einnahme- und Ausgabepositionen in Höhe der hierfür erwarteten bzw. vorzusehenden Beträge von der Verteilung ausgenommen und den jeweiligen Bereichen gesondert zugeordnet. Die „**Vorabdotierung**“ dieser Positionen wirkt sich – aufgrund der jeweiligen Entwicklungsreihen der ausgenommenen Positionen in unterschiedlicher Weise – auf die Veränderungsraten der übrigen nach diesen Quoten auf die Bereiche zu verteilenden Einnahmen und Ausgaben aus. Auf die übrigen Bereiche **umgelegt** werden damit die **von den durchschnittlichen Veränderungen** der Einnahme- und Ausgabepositionen im Finanzrahmen **abweichenden Entwicklungen** der vorabdotierten Beträge.

Die nachfolgenden Eckwert-Vorschläge sehen eine entsprechende **Umlagefinanzierung** für

- die genannten politischen Schwerpunktsetzungen (vgl. 4.2.),
- die Umsetzung konkreter Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse sowie auf Senats- und Staatsräte-Ebene,
- in der Höhe gesetzlich festgeschriebene Zahlungen des Bundes und zu leistende Zuweisungen bzw. Zuschüsse an Bremerhaven,
- die Haushalte als Einnahmen und Ausgaben durchlaufende Positionen (Mindestbetrag: 1 Mio. €; ohne Komplementärmittel-Anteile) und
- für den Kapitaldienst außerhaushaltsmäßig vorfinanzierter Maßnahmen notwendige Tilgungsausgaben

vor.

Die sich aus diesen Vorgaben und Setzungen ergebende **Liste der Vorabdotierungen** ist in **Anlage 2** beigefügt. **Anlage 3** bildet die im weiteren Aufstellungsverfahren unbedingt in der dargestellten Größenordnung zu veranschlagenden **Tilgungsausgaben** ab, die die Voraussetzungen dafür schaffen, bei der Berechnung des strukturellen Defizits der Haushalte über korrespondierende Einnahmen des BKF die entsprechenden Gegenbuchungen vornehmen zu können (vgl. 2. a.).

- c. Nach Berücksichtigung der vorab zu planenden Positionen ergeben sich bei den prozentual zu steigernden Restgrößen der **investiven Einnahmen** hinsichtlich der zu gewährleistenden Zuwachsraten **unrealistische Vorgaben**. Im vorliegenden Verfahrensvorschlag wurde daher bei den investiven Einnahmen eine Minderung der Einnahmeerwartungen um 4,0 Mio. € (2012) und 7,5 Mio. € (2013) sowie eine Erhöhung um 0,9 Mio. € (2014) und 0,4 Mio. € (2015) vorgesehen, die zu einer entsprechenden Veränderung des Gesamtrahmens führen und durch Anpassungen des im Finanzrahmen verbliebenen Risikobetrages zu kompensieren sind.

Nach Einbeziehung dieser Korrekturen wurden **für die nicht-vorabdotierten Einnahme- und Ausgabeansätze** insgesamt folgende **Veränderungsraten** errechnet und auf die entsprechenden Anschlag- bzw. Planwerte des jeweiligen Vorjahres angewendet (in %):

	2012	2013	2014	2015
Sonstige konsumtive Einnahmen	+ 2,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,6
Investive Einnahmen (ohne KP II)	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0
Personalausgaben	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0
Sonstige konsumtive Ausgaben (ohne Sozialleistungsausgaben)	- 1,9	- 0,9	- 0,6	- 0,8
Investitionsausgaben	- 8,1	+ 3,0	+ 3,7	- 4,1

Die skizzierten Verfahrensschritte und Abstimmungsergebnisse führen zu den nachfolgend dargestellten **Eckwert-Vorschlägen** (vgl. 4.4.1. bis 4.4.5.). Anzumerken ist, dass

- die Fortschreibung der Planwerte auf **Basis** der für die Anschläge des Haushaltsjahres **2011 geltenden Aufgaben- und Organisationsstrukturen** der Produktpläne durchgeführt wurde und zwischenzeitlich hierzu beschlossene Veränderungen im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren durch die jeweils betroffenen Bereiche vorzubereiten und vorzuschlagen sind,
- **Eckwert-Vorschläge** für den Gesamtzeitraum **bis 2015** vorgelegt werden, um im Zuge der weiteren Beratungen auch in der parallel zu erstellenden Finanzplanung 2011/2015 bereits verbindlichere Aussagen zur mittelfristigen Orientierung der einzelnen Produktpläne treffen zu können und
- eine **Querschnittsbetrachtung** der Eckwert-Vorschläge für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 als **Anlage 4** beigefügt ist.

Anlage 5 stellt die in den Produktplänen **eckwert-relevant zu berücksichtigenden Zinsausgaben** für die bis 2010 außerhaushaltsmäßig (vor-) finanzierten Investitionsvorhaben dar, die exakt in der ausgewiesenen Höhe zu veranschlagen und im Wesentlichen an den BKF zu leisten sind. Entlastungseffekte ergeben sich dabei in den Produktplänen, in denen diese Zinsausgaben im Anschlag 2011 als sonstige konsumtive Ausgaben zugeordnet waren und damit für die Fortschreibung auf 2012 als Basiswerte wirksam werden.

4.4.1. Sonstige konsumtive Einnahmen

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
Vorgabe aus Finanzplan 2010/14:	495.651	502.170	508.510	511.984	514.544
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,3 %	+ 1,3 %	+ 0,7 %	+ 0,5 %
Rahmen-verändernde Beschlusslagen (salden-neutral):					
22 Nat. Dt. Schiffahrtsmuseum *)		-2.276	-2.276	-2.276	-2.276
41 Bundesleistungen f. Bildung u. Teilhabe *)		24.836	24.836	18.682	18.682
Einführung einer Tourismusabgabe *)					
Einführung e. Straßenreinigungsgebühr *)					
Neuer Rahmen für kons. Einn.:	495.651	524.730	531.070	528.390	530.950
Aktualisierte Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		+ 5,9 %	+ 1,2 %	- 0,5 %	+ 0,5 %
Vorab-Dotierungen:	244.818	266.777	269.283	264.711	265.736
05 Anschlagaanpass. "Bundesangelegenh."	350	320	320	320	320
07 Niveau-Absenkung "Zensus" *)	777	0	0	0	0
07 Kostenerstattung "Europa-Wahlen" *)	0	0	50	600	0
07 Kostenerstatt. "Bundestags-Wahlen" *)	0	50	600	0	0
07 Einnahmen REFI-Mittel	1.956	1.956	1.956	1.956	1.956
21 BAföG-Novellierung Sekundarber. *)	6.143	6.143	6.143	6.143	6.143
22 Nettostellung Dt. Schiffahrtsmuseum	2.276	0	0	0	0
24 BAföG-Novellierung Tertiärbereich *)	12.155	12.155	12.155	12.155	12.155
24 Hochschulpakt 2020	3.546	3.546	3.546	3.546	3.546
24 Fin. Zentr. f. marine Tropenökol. (ZMT)	3.551	3.551	3.551	3.551	3.551
31 ESF-Programm	13.366	13.366	13.490	13.490	13.490
31 Entschäd.leist. (KOF;Opferentsch.;Wiederg.)	3.578	3.578	3.578	3.578	3.578
31 Ausgleichsabgaben	5.090	5.090	5.090	5.090	5.090
41 Einnahmen Sozialleistungen	90.843	92.387	93.958	95.555	97.180
41 Bundesleistungen f. Bildung u. Teilhabe *)		24.836	24.836	18.682	18.682
41 Pers.-/Sachkostenerstatt. für das jobcenter *)	14.410	14.410	14.410	14.410	14.410
51 Mamma-Screening	1.344	1.344	1.344	1.344	1.344
68 Wohngeld (vom Bund)	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
68 ÖPNV / Bundesanteil Straßenbau	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750
68 Geo-Information	1.542	1.542	1.542	1.542	1.542
68 Abwasserabgabe/Wasserentnahmegeb.	7.450	7.450	7.450	7.450	7.450
71 EFRE-Progr. bis 2013 (zentrale Vereinn.)	3.349	1.961	2.173	35	35
71 EFRE-Programm 2014/2020	0	0	0	2.173	2.173
91 Bundesbau	5.152	5.152	5.152	5.152	5.152
91 Spielbankaufsicht	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
93 V. Bund, Ausgleich f. Wegfall Kfz-Steuer	55.489	55.489	55.489	55.489	55.489
*) Mit Ausgaben in Verbindung stehend					
Verbleibende kons. Einn.:	250.833	257.954	261.787	263.679	265.214
Verbleib. Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,8 %	+ 1,5 %	+ 0,7 %	+ 0,6 %

Eckwertvorschläge: Sonstige konsumtive Einnahmen nach PPI

	Anschlag	Entwurf	Entwurf	Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
Sonstige konsumtive Einnahmen insg.:	495.651	524.730	531.070	528.390	530.950
01 Bürgerschaft	89	92	93	94	94
02 Rechnungshof	2	2	3	3	3
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	225	231	235	237	238
05 Bundesangelegenheiten	350	320	320	320	320
Vorab-Dotierung	350	320	320	320	320
Verbleib. kons. Einn.	0	0	0	0	0
06 Datenschutz	0	0	0	0	0
07 Inneres	28.280	28.277	29.268	29.411	28.967
Vorab-Dotierung	2.733	2.006	2.606	2.556	1.956
Verbleib. kons. Einn.	25.546	26.271	26.662	26.855	27.011
08 Gleichberechtigung der Frau	66	68	69	69	70
09 Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0
11 Justiz	35.147	36.144	36.682	36.947	37.162
12 Sport	389	400	406	409	411
21 Bildung	15.867	16.144	16.293	16.366	16.425
Vorab-Dotierung	6.143	6.143	6.143	6.143	6.143
Verbleib. kons. Einn.	9.725	10.001	10.150	10.223	10.282
22 Kultur	3.119	867	880	886	891
Vorab-Dotierung	2.276	0	0	0	0
Verbleib. kons. Einn.	843	867	880	886	891
24 Hochschulen / Forschung	19.275	19.276	19.276	19.276	19.276
Vorab-Dotierung	19.252	19.252	19.252	19.252	19.252
Verbleib. kons. Einn.	23	24	24	24	24
31 Arbeit	24.143	24.203	24.359	24.375	24.388
Vorab-Dotierung	22.034	22.034	22.158	22.158	22.158
Verbleib. kons. Einn.	2.109	2.169	2.201	2.217	2.230
41 Jugend / Soziales	106.525	132.942	134.532	129.984	131.617
Vorab-Dotierung	105.253	131.633	133.204	128.647	130.272
Verbleib. kons. Einn.	1.272	1.308	1.328	1.337	1.345
51 Gesundheit	12.567	12.885	13.056	13.141	13.210
Vorab-Dotierung	1.344	1.344	1.344	1.344	1.344
Verbleib. kons. Einn.	11.222	11.541	11.712	11.797	11.866
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	38.080	38.587	38.859	38.994	39.103
Vorab-Dotierung	20.242	20.242	20.242	20.242	20.242
Verbleib. kons. Einn.	17.838	18.345	18.617	18.752	18.861
71 Wirtschaft	4.482	3.126	3.356	3.399	3.406
Vorab-Dotierung	3.349	1.961	2.173	2.208	2.208
Verbleib. kons. Einn.	1.133	1.165	1.183	1.191	1.198
81 Häfen	2.096	2.155	2.187	2.203	2.216
91 Finanzen / Personal	9.906	10.007	10.061	10.088	10.110
Vorab-Dotierung	6.352	6.352	6.352	6.352	6.352
Verbleib. kons. Einn.	3.554	3.655	3.709	3.736	3.758
92 Allgemeine Finanzen	114.414	117.662	119.411	120.274	120.974
93 Zentrale Finanzen	80.628	81.342	81.726	81.915	82.069
Vorab-Dotierung	55.489	55.489	55.489	55.489	55.489
Verbleib. kons. Einn.	25.139	25.853	26.237	26.426	26.580
96 IT-Ausgaben der FHB	0	0	0	0	0

4.4.2. Investive Einnahmen

(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)	Anschlag	Entwurf	Entwurf	Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
Vorgabe aus Finanzplan 2010/14:	89.190	90.082	90.983	90.983	90.983
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,0 %	+ 0,0 %
Rahmen-verändernde Beschlusslagen (salden-neutral):					
22 Nat. Dt. Schiffahrtsmuseum *)		-80	-80	-80	-80
Globale Absenkung der Einn.-Erwartung		-3.980	-7.470	870	420
Neuer Rahmen für inv. Einn.:	89.190	86.022	83.433	91.773	91.323
Aktualisierte Veränd. ggü. Vorjahr (in %)	- 46,4 %	- 3,6 %	- 3,0 %	+ 10,0 %	- 0,5 %
Vorab-Dotierungen:	83.802	80.577	77.931	86.271	85.821
22 Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum	80	0	0	0	0
24 Finanzierung Zentrum für marine Tropenökologie	378	378	378	378	378
24 Hochschulbaumaßnahmen / Forschungsförderun	14.843	14.843	14.843	14.843	14.843
41 Zahlungen im Rahmen des KiföG	2.716	2.662	2.610	0	0
68 ÖPNV	11.979	11.979	11.979	11.979	11.979
68 GVFG	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
68 Städtebauförderung / Soziale Stadt	2.898	2.898	2.898	2.898	2.898
68 Küstenschutz	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
71 EFRE-Programm bis 2013 (zentrale Vereinnahm	16.773	15.117	13.123	10.800	10.500
71 EFRE-Programm 2014/2020	0	0	0	13.123	13.123
71 EU-Fischereifonds EFF 2007-2013 *)	1.800	1.800	1.300	1.300	1.300
71 GRW-Mittel	3.535	2.100	2.000	2.150	2.000
81 Finanzhilfen des Bundes f. Seehäfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
Verbleibende investive Einn.:	5.389	5.445	5.502	5.502	5.502
Verbleib. Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,0 %	+ 1,0 %	+ 0,0 %	+ 0,0 %

Eckwertvorschläge: Investive Einnahmen nach PPI

(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)	Anschlag	Entwurf	Entwurf	Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
Investive Einnahmen insg.:	89.190	86.022	83.433	91.773	91.323
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	0	0	0	0	0
07 Inneres	0	0	0	0	0
11 Justiz	0	0	0	0	0
21 Bildung	0	0	0	0	0
22 Kultur	81	1	1	1	1
Vorab-Dotierung	80	0	0	0	0
Verbleib. invest. Einn.	1	1	1	1	1
24 Hochschulen / Forschung	15.221	15.221	15.221	15.221	15.221
Vorab-Dotierung	15.221	15.221	15.221	15.221	15.221
Verbleib. invest. Einn.	0	0	0	0	0
41 Jugend / Soziales	2.716	2.662	2.610	0	0
Vorab-Dotierung	2.716	2.662	2.610	0	0
Verbleib. invest. Einn.	0	0	0	0	0
51 Gesundheit	0	0	0	0	0
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	34.260	34.274	34.288	34.288	34.288
Vorab-Dotierung	32.940	32.940	32.940	32.940	32.940
Verbleib. invest. Einn.	1.320	1.334	1.348	1.348	1.348
71 Wirtschaft	26.176	23.127	20.576	31.526	31.076
Vorab-Dotierung	22.108	19.017	16.423	27.373	26.923
Verbleib. invest. Einn.	4.068	4.110	4.153	4.153	4.153
81 Häfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
Vorab-Dotierung	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737
Verbleib. invest. Einn.	0	0	0	0	0
91 Finanzen / Personal	0	0	0	0	0
92 Allgemeine Finanzen	0	0	0	0	0
93 Zentrale Finanzen	0	0	0	0	0

4.4.3. Personalausgaben

(Kernverwaltung; bisherige
PPI-Struktur; in Tsd. €)

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
Personalausgaben insg.:	1.162.038	1.174.129	1.185.701	1.196.628	1.208.617
01 Bürgerschaft	11.501	10.252	10.293	10.324	11.139
02 Rechnungshof	2.836	2.567	2.536	2.502	2.468
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	7.700	7.443	7.373	7.289	7.206
05 Bundesangelegenheiten	1.376	1.315	1.303	1.286	1.269
06 Datenschutz	654	572	575	567	560
07 Inneres	153.793	156.431	155.031	151.762	148.804
08 Gleichberechtigung der Frau	715	714	698	688	679
09 Staatsgerichtshof	39	39	39	39	39
11 Justiz	64.817	64.607	64.150	63.307	62.499
12 Sport	1.006	1.006	991	977	963
21 Bildung	297.006	291.271	287.611	281.579	277.861
22 Kultur 1)	4.424	4.355	4.291	4.234	4.177
24 Hochschulen / Forschung	2.317	2.197	2.178	2.150	2.123
31 Arbeit	6.626	6.604	6.495	6.408	6.322
41 Jugend / Soziales	54.750	54.625	54.153	53.549	52.954
51 Gesundheit	21.150	21.632	21.380	21.135	20.895
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	48.395	47.601	47.022	46.417	45.823
71 Wirtschaft	5.625	5.379	5.306	5.234	5.163
81 Häfen	6.947	6.693	6.602	6.519	6.439
91 Finanzen / Personal	71.284	71.868	69.106	65.800	62.710
92 Allgemeine Finanzen	399.080	416.960	438.567	464.862	488.525
93 Zentrale Finanzen	0	0	0	0	0
96 IT-Ausgaben der FHB	0	0	0	0	0

1) Ohne Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum

4.4.4. Sonstige konsumtive Ausgaben

(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
Vorgabe aus Finanzpl. 2010/14 1):	2.024.823	2.045.850	2.061.330	2.076.995	2.093.237
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 1,0 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %
<i>darin enthalten:</i>					
Tilg. an öffentl. Bereich (OGr. 58):	937	5.000	5.000	5.000	5.074
Rahmen-verändernde Beschlusslagen (salden-neutral):					
22 Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum		-9	-9	-9	-9
41 Ausgaben für Bildung und Teilhabe		19.945	19.945	15.003	15.003
41 Ausgaben für Bildung und Teilhabe an Bremerhaven		4.891	4.891	3.679	3.679
41 Betriebskostenzuschuss KiföG		1.560	3.640	4.370	4.370
Verwendung Straßenreinigungsgebühr					
Verwendung Tourismusabgabe					
Erhebungskosten Tourismusabgabe					
Neuer Rahmen für kons. Ausg.:	2.024.823	2.072.237	2.089.797	2.100.038	2.116.280
Aktualisierte Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,3 %	+ 0,8 %	+ 0,5 %	+ 0,8 %
Vorab-Dotierungen:	1.348.108	1.408.057	1.431.341	1.445.794	1.467.373
Mittel für politische Schwerpunktsetzungen:		10.500	13.000	15.000	15.000
Ganztätiges Lernen (Verbesserung der Ausstattung)					
Kindertagesbetreuung (Ausbau der Sprachförderung)					
Kindertagesbetreuung (laufende Kosten) 1)					
Pers.kostenanteile f. Immo Br. Hausmeister	9.192	9.192	9.192	9.192	9.192
An Immo Bremen, Innenreinigungsentgelte	18.246	18.246	18.246	18.246	18.246
Sonstige Vorabdotierungen	1.320.671	1.370.119	1.390.903	1.403.357	1.424.936
05 Anschlaganpass. "Bundesangelegenh."	1.684	1.834	1.834	1.834	1.834
07 Niveau-Absenk. "Zensus 2011"	3.407	1.290	117	84	0
07 Kostenerstattung "Europa-Wahlen"	0	0	50	600	0
07 Kostenerstatt. "Bundestags-Wahlen"	0	50	600	0	0
07 Kosten Bürgersch./Beirätewahl 2011	1.500	0	0	0	1.500
07 Pers.kostenerstatt. Polizei an Brhv.	34.112	34.688	34.939	35.004	35.283
21 BAföG-Novellierung Sekundarber.	6.143	6.143	6.143	6.143	6.143
21 Pers.kostenerstatt. Schulen an Brhv.	93.781	93.171	94.282	94.779	96.033
21 Sonstige Personalkostenzuschüsse	20.400	20.623	20.623	20.623	20.623
22 Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum	9	0	0	0	0
22 Mehrbedarf Kontrakt Theater Bremen	0	776	776	776	776
22 Sonstige Personalkostenzuschüsse	31.748	33.294	33.294	33.294	33.294
24 BAföG-Novellierung Tertiärbereich	12.155	12.155	12.155	12.155	12.155
24 Hochschulpakt 2020	3.546	3.546	3.546	3.546	3.546
24 Finanz. Zentrum für marine Tropenök. (ZMT)	3.551	3.551	3.551	3.551	3.551
24 Personalkostenerstattungen Hochschulen	162.901	170.459	171.980	173.501	176.039
24 EFRE-Programm (Wissenschaft)	1.600	212	423	423	423
31 ESF-Programm	13.366	13.366	13.490	13.490	13.490
31 Entschäd.leist. (Kriegsopfer; Wiedergutm.)	3.578	3.578	3.578	3.578	3.578
31 EFRE-Progr. (Ausg.-Anteil PPI. 31)	1.714	1.714	1.715	1.715	1.715
31 Ausgleichsabgaben	4.230	4.230	4.230	4.230	4.230
41 Ausgaben für Bildung und Teilhabe		19.945	19.945	15.003	15.003
41 Ausg. für Bildung u. Teilhabe an Brhv.		4.891	4.891	3.679	3.679
41 Betriebskostenzuschuss KiföG	3.640	5.200	7.280	8.010	8.010
41 Personalkostenzuschüsse (KiTa)	88.028	90.781	91.591	92.400	93.750
41 Sozialleistungsausgaben	679.817	691.374	703.128	715.081	727.237
41 Pers.-/Sachkostenerstatt. für das jobcenter	3.010	3.010	3.010	3.010	3.010
51 Mamma-Screening	650	650	650	650	650
51 Sonst. Personalkostenzusch. (LUA)	1.977	2.001	2.007	2.013	2.020

Fortsetzung Sonstige kons. Ausg.: Sonstige Vorabdotierungen

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
68 Wohngeld (Konstantsetzung)	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
68 ÖPNV / Bundesanteil Straßenbau	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
68 Geo-Information	1.078	1.078	1.078	1.078	1.078
68 Abwasserabgabe / Wasserentn.gebühr	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
68 Sonst. Personalkostenzusch. (UBB)	0	240	240	240	240
68 Entgeltfinanz. Personalkostenanteile UBB	10.070	10.070	9.908	9.908	9.908
71 EFRE-Programm bis 2013	35	35	35	35	35
71 EFRE-Programm 2014 / 2020	0	0	0	35	35
71 Sonstige Personalkostenzuschüsse	39	39	39	39	39
91 Bundesbau	5.152	5.152	5.152	5.152	5.152
92 Umsetzung Konzept "Zentraler Einkauf"	0	551	551	551	551
92 "Bürgertelefon"	0	1.125	1.125	1.125	1.125
92 "Globale" Pers.zusch. L+G (ab '12 aufgeteilt)	10.252				
92 Sonst. Pers.kostenzusch. (Performa, IB)	0	243	243	243	243
93 Schlüsselzuweisungen an Brhv.	68.301	75.793	79.443	82.519	85.624
93 Ergänzungszuweisungen an Brhv.	35.100	35.100	35.100	35.100	35.100
93 An Brhv. Ausgleich Wegfall KFZ-Steuer	1.860	1.860	1.860	1.860	1.860
68 Tilgung an öffentl. Bereich (OGr. 58):	928	5.000	5.000	5.000	5.074
93 Tilgung an öffentl. Bereich (OGr. 58):	9	0	0	0	0
Verbleibende kons. Ausg.:	676.715	664.180	658.456	654.244	648.907
Verbleib. Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		- 1,9 %	- 0,9 %	- 0,6 %	- 0,8 %
Vorfinanzierung struktureller Entlastungen		30.000	20.000		
Weiterleitung Konso-Hilfe an Brhv.	20.739	31.109	31.109	31.109	31.109

Eckwertvorschläge: Sonstige konsumtive Ausgaben nach PPI

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
Neue kons. Ausg.-Eckwerte 1):	2.024.823	2.072.237	2.089.797	2.100.038	2.116.280
01 Bürgerschaft	8.375	8.220	8.149	8.097	8.031
02 Rechnungshof	361	354	351	349	347
Vorab-Dotierung	12	12	12	12	12
Übrige kons. Ausg.	349	343	340	337	335
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	4.708	4.630	4.594	4.567	4.534
Vorab-Dotierung	462	462	462	462	462
Übrige kons. Ausg.	4.247	4.168	4.132	4.106	4.072
05 Bundesangelegenheiten	1.684	1.834	1.834	1.834	1.834
Vorab-Dotierung	1.684	1.834	1.834	1.834	1.834
Übrige kons. Ausg.	0	0	0	0	0
06 Datenschutz	132	130	129	128	127
07 Inneres	73.450	69.857	69.261	69.040	69.879
Vorab-Dotierung	40.975	37.984	37.662	37.644	38.739
Übrige kons. Ausg.	32.474	31.873	31.598	31.396	31.140
08 Gleichberechtigung der Frau	217	213	211	210	208
09 Staatsgerichtshof	5	5	5	5	5
11 Justiz	43.646	42.850	42.487	42.219	41.880
Vorab-Dotierung	684	684	684	684	684
Übrige kons. Ausg.	42.962	42.166	41.802	41.535	41.196

Fortsetzung Eckwertvorschläge: Sonstige kons. Ausgaben

	Anschlag	Entwurf	Entwurf	Planung	
(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)	2011	2012	2013	2014	2015
12 Sport	10.788	10.593	10.505	10.439	10.357
Vorab-Dotierung	299	299	299	299	299
Übrige kons. Ausg.	10.488	10.294	10.205	10.140	10.057
21 Bildung	255.718	253.208	253.350	253.133	253.483
Vorab-Dotierung	141.100	140.713	141.825	142.321	143.575
Übrige kons. Ausg.	114.618	112.495	111.525	110.812	109.908
22 Kultur	67.927	69.572	69.266	69.042	68.757
Vorab-Dotierung	31.851	34.164	34.164	34.164	34.164
Übrige kons. Ausg.	36.076	35.407	35.102	34.878	34.593
24 Hochschulen / Forschung	281.607	285.965	286.869	287.780	289.547
Vorab-Dotierung	183.753	189.923	191.655	193.176	195.714
Übrige kons. Ausg.	97.854	96.041	95.214	94.605	93.833
31 Arbeit	34.860	34.640	34.664	34.590	34.496
Vorab-Dotierung	22.964	22.964	23.089	23.089	23.089
Übrige kons. Ausg.	11.896	11.676	11.575	11.501	11.408
41 Jugend / Soziales	831.030	870.713	884.889	891.884	904.954
Vorab-Dotierung	775.781	816.487	831.131	838.469	851.975
Übrige kons. Ausg.	55.249	54.226	53.758	53.415	52.979
51 Gesundheit	14.676	14.481	14.387	14.319	14.232
Vorab-Dotierung	2.833	2.858	2.864	2.870	2.876
Übrige kons. Ausg.	11.842	11.623	11.523	11.449	11.356
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	158.497	156.225	154.915	154.071	153.001
Vorab-Dotierung	22.873	23.113	22.951	22.951	22.951
Übrige kons. Ausg.	135.624	133.112	131.965	131.120	130.051
71 Wirtschaft	29.808	29.259	29.009	28.859	28.625
Vorab-Dotierung	169	169	169	204	204
Übrige kons. Ausg.	29.639	29.090	28.840	28.655	28.421
81 Häfen	3.436	3.373	3.345	3.324	3.297
Vorab-Dotierung	41	41	41	41	41
Übrige kons. Ausg.	3.395	3.333	3.304	3.283	3.256
91 Finanzen / Personal	16.039	15.857	15.773	15.712	15.634
Vorab-Dotierung	6.177	6.177	6.177	6.177	6.177
Übrige kons. Ausg.	9.862	9.679	9.596	9.535	9.457
92 Allgemeine Finanzen	55.533	46.361	45.978	45.696	45.339
Vorab-Dotierung	10.252	1.919	1.919	1.919	1.919
Übrige kons. Ausg.	45.281	44.442	44.059	43.777	43.420
93 Zentrale Finanzen	105.462	112.950	116.598	119.673	122.777
Vorab-Dotierung	105.261	112.753	116.403	119.479	122.584
Übrige kons. Ausg.	201	197	195	194	193
96 IT-Ausgaben der FHB	25.928	25.447	25.228	25.067	24.862
Ganztätiges Lernen (Verbesserung der Ausstattung)		10.500	13.000	15.000	15.000
Kindertagesbetreuung (Ausbau der Sprachförderung)					
Kindertagesbetreuung (laufende Kosten) 1)					
68 Tilgung an öffentl. Bereich (OGr. 58):	928	5.000	5.000	5.000	5.074
93 Tilgung an öffentl. Bereich (OGr. 58):	9	0	0	0	0
Vorfinanzierung struktureller Entlastungen		30.000	20.000		
Weiterleitung Konso-Hilfe an Brhv.	20.739	31.109	31.109	31.109	31.109

1) Ansätze ohne Konso-Hilfen an Brhv. sowie ohne Reserve für entlastende Maßnahmen.

4.4.5. Investitionsausgaben

	Anschlag	Entwurf		Planung	
(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)	2011	2012	2013	2014	2015
Vorgabe aus Finanzplan 2010/14:	464.081	457.096	454.956	462.434	439.488
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,5 %	- 0,5 %	+ 1,6 %	- 5,0 %
<i>darin enthalten:</i>					
<i>(vorläufiges Ist)</i>					
Tilgung Kapitaldienstfinanz.	61.069	74.319	61.701	53.638	45.963
01 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 01)	196	269	279	289	299
07 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 07)	1.884	1.775	1.556	1.207	805
12 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 12)	60	59	61	64	67
21 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 21)	3.807	3.075	2.951	2.825	2.702
22 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 22)	83	87	90	94	98
24 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 24)	3.916	4.678	6.455	6.474	6.475
51 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 51)	397	397	397	397	397
68 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 68)	2.182	11.907	1.314	1.365	1.421
71 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 71)	29.435	20.413	19.015	10.910	3.643
81 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 81)	19.110	31.658	29.282	29.413	29.456
93 Tilgung Kapitaldienstfinanz. (PPI 93)	0	0	300	600	600
Finanzrahmen (ohne Tilgung Kapi)	403.012	382.777	393.255	408.796	393.525
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 5,0 %	+ 2,7 %	+ 4,0 %	- 3,7 %
Rahmen-verändernde Beschlusslagen (salden-neutral):					
22 Nat. Dt. Schiffahrtsmuseum	0	-81	-81	-81	-81
Neuer Rahmen ohne Tilgungen:	403.012	382.696	393.174	408.715	393.444
Aktualisierte Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		- 5,0 %	+ 2,7 %	+ 4,0 %	- 3,7 %
Vorab-Dotierungen:	88.282	93.578	95.612	100.202	97.487
Mittel für politische Schwerpunktsetzungen:	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
21 Ganztätiges Lernen (neue Einrichtungen)	4.000				
41 Kindertagesbetreuung (neue Einrichtungen)					
Sonstige Vorabdotierungen	84.282	89.578	91.612	96.202	93.487
07 Ringtausch im KP II (von PPI. 68 an PPI. 07)	0	900	900	900	900
11 JVA-Sanierung	3.960	5.000	5.000	5.000	5.000
22 Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum	81				
24 Finanzier. Zentr. f. marine Tropenökol. (ZMT)	378	378	378	378	378
24 Hochschulbaumaßn./Forschungsförderung	14.843	14.843	14.843	14.843	14.843
24 EFRE-Programm (Wissenschaft)	3.000	2.017	698	698	698
24 Rückführung JUB-Mittel	0	875	1.875	0	0
31 Ausgleichsabgaben	860	860	860	860	860
41 Zahlungen im Rahmen des KiföG	2.227	2.183	2.140	0	0
41 Weiterleitung an Bremerhaven	489	479	470	0	0
68 Cherbourger Str. (Planungskosten)	1.039	2.251	2.000	2.000	2.000
68 ÖPNV / Bundesanteil Straßenbau	11.979	11.979	11.979	11.979	11.979
68 GVFG	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
68 Städtebauförderung / Soziale Stadt	2.898	2.898	2.898	2.898	2.898
68 Küstenschutz	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
68 EFRE-Programm (SUBVE)	3.125	2.100	1.425	1.425	1.425
68 Abwasserabgabe / Wasserentnahmegebühr	410	410	410	410	410
68 Ringtausch im KP II (von PPI. 68 an PPI. 07)	900	0	0	0	0
68 Ringtausch im KP II (von PPI. 68 an PPI. 96)	3.500	0	0	0	0
71 EFRE-Programm bis 2013	10.648	11.000	11.000	10.800	10.500

Fortsetzung Investive Ausg.; Sonst. Vorabdotierungen

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
71 EFRE-Programm 2014/2020	0	0	0	11.000	11.000
71 EU-Fischereifonds EFF 2007-2013 inv.*)	1.800	1.800	1.300	1.300	1.300
71 GRW-Mittel	3.535	2.100	2.000	2.150	2.000
71 Rückführung JUB-Mittel	0	875	1.875	0	0
81 Cherbourger Str. (Baukosten)	0	4.667	7.598	7.598	5.333
93 Feuerschutzsteuer an Brhv. (gem. Steuerschätzu	547	400	400	400	400
96 Ringtausch im KP II (von PPI. 68 an PPI. 96)	0	3.500	3.500	3.500	3.500
Verbleibende investive Ausg.:	314.730	289.118	297.562	308.513	295.957
Verbleib. Veränd. ggü. Vorjahr (in %)		- 8,1 %	+ 2,9 %	+ 3,7 %	- 4,1 %

Eckwertvorschläge: Investitionsausgaben nach PPI

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
Neue investive Ausg.-Eckwerte:	464.081	457.015	454.875	462.353	439.407
01 Bürgerschaft	355	416	430	445	449
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	196	269	279	289	299
Übrige invest. Ausg.	160	147	151	156	150
02 Rechnungshof	13	12	12	13	12
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	2.845	2.614	2.690	2.789	2.676
05 Bundesangelegenheiten	61	56	58	60	58
06 Datenschutz	14	13	13	14	13
07 Inneres	5.234	5.752	5.623	5.390	4.855
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	1.884	1.775	1.556	1.207	805
Vorab-Dotierung	0	900	900	900	900
Übrige invest. Ausg.	3.350	3.077	3.167	3.284	3.150
08 Gleichberechtigung der Frau	4	4	4	4	4
09 Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0
11 Justiz	4.612	5.599	5.617	5.639	5.613
Vorab-Dotierung	3.960	5.000	5.000	5.000	5.000
Übrige invest. Ausg.	652	599	617	639	613
12 Sport	2.705	2.488	2.562	2.656	2.553
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	60	59	61	64	67
Übrige invest. Ausg.	2.644	2.429	2.500	2.592	2.487
21 Bildung	21.118	15.304	15.537	15.874	15.220
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	3.807	3.075	2.951	2.825	2.702
Vorab-Dotierung	4.000				
Übrige invest. Ausg.	13.312	12.229	12.586	13.049	12.518
22 Kultur	7.918	7.209	7.421	7.694	7.389
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	83	87	90	94	98
Vorab-Dotierung	81	0	0	0	0
Übrige invest. Ausg.	7.754	7.123	7.331	7.600	7.291
24 Hochschulen / Forschung	44.381	43.225	45.280	44.198	43.311
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	3.916	4.678	6.455	6.474	6.475
Vorab-Dotierung	18.221	18.113	17.794	15.919	15.919
Übrige invest. Ausg.	22.244	20.434	21.031	21.805	20.917
31 Arbeit	912	908	909	911	909
Vorab-Dotierung	860	860	860	860	860
Übrige invest. Ausg.	52	48	49	51	49

Fortsetzung Eckwertvorschläge: Investitionsausgaben

	Anschlag	Entwurf		Planung	
	2011	2012	2013	2014	2015
<i>(bisherige PPI-Struktur; in Tsd. €)</i>					
41 Jugend / Soziales	5.997	5.676	5.712	3.216	3.085
Vorab-Dotierung	2.716	2.662	2.610	0	0
Übrige invest. Ausg.	3.281	3.014	3.102	3.216	3.085
51 Gesundheit	27.136	24.960	25.678	26.608	25.541
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	397	397	397	397	397
Übrige invest. Ausg.	26.739	24.563	25.281	26.211	25.144
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	109.934	110.089	100.336	102.678	100.107
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	2.182	11.907	1.314	1.365	1.421
Vorab-Dotierung	41.914	37.701	36.775	36.775	36.775
Übrige invest. Ausg.	65.838	60.481	62.247	64.538	61.911
71 Wirtschaft	100.601	86.880	87.363	90.253	80.334
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	29.435	20.413	19.015	10.910	3.643
Vorab-Dotierung	15.983	15.775	16.175	25.250	24.800
Übrige invest. Ausg.	55.183	50.692	52.173	54.093	51.891
81 Häfen	97.470	108.309	110.966	113.824	108.476
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	19.110	31.658	29.282	29.413	29.456
Vorab-Dotierung	0	4.667	7.598	7.598	5.333
Übrige invest. Ausg.	78.360	71.984	74.086	76.812	73.686
91 Finanzen / Personal	508	466	480	498	477
92 Allgemeine Finanzen	27.066	24.863	25.590	26.531	25.452
93 Zentrale Finanzen	2.797	2.467	2.827	3.206	3.116
Tilgung Kapitaldienstfinanzierung	0	0	300	600	600
Vorab-Dotierung	547	400	400	400	400
Übrige invest. Ausg.	2.250	2.067	2.127	2.206	2.116
96 IT-Ausgaben der FHB	2.399	5.704	5.768	5.852	5.756
Vorab-Dotierung	0	3.500	3.500	3.500	3.500
Übrige invest. Ausg.	2.399	2.204	2.268	2.352	2.256
Ganztägiges Lernen (neue Einrichtungen)		4.000	4.000	4.000	4.000
Kindertagesbetreuung (neue Einrichtungen)					

4.4.6. Verrechnungen und Erstattungen mit Bremerhaven

Entscheidende Betrachtungsebene für die beim Abbau der Neuverschuldung einzuhaltenden Obergrenzen ist der **konsolidierte Gesamthaushalt** des Stadtstaates Bremen. Es ist daher von erheblicher Bedeutung, dass die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen und der Haushalt der Stadt Bremerhaven nicht nur parallel und mit vergleichbaren Annahmen bzw. Vorgaben vorbereitet und beschlossen werden, sondern auch die Bezüge zwischen den Einzelhaushalten auf eine verbindliche Grundlage gestellt werden.

Konkret bedeutet dies, dass die zwischen den Haushalten im Planungszeitraum fließenden **Verrechnungen und Erstattungen** im Rahmen des Planungs- und Aufstellungsverfahrens betragsmäßig festzulegen und anschließend – um Unstimmigkeiten im Konsolidierungsverfahren und –ergebnis zu vermeiden – **in gleicher Höhe** in die Anschlag- und Planwerte der Einzelhaushalte **zu übernehmen** sind.

Tab. 11 Verrechnungen mit Bremerhaven
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Tsd. €

28.09.2011

Produktplan	Ist		Anschlag		Entwurf		Planung	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
I. Konsumtive Einnahmen von Brhv.	3.753	2.844	2.953	2.961	2.968	2.975		
darunter:								
Unterhaltsvorschussgesetz	244	354	360	366	372	379	1)	
für Lebensmittelüberwachung	903	802	903	903	903	903		
Beteilig. am Wohnungsbaupogr.	570	570	570	570	570	570		
Deichschutzbeiträge	1.863	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000		
Sonstige kons. Verrechnungen	173	118	120	122	122	123		
II. Investive Einnahmen von Brhv.	4.364	3.664	3.664	3.664	3.664	3.664		
darunter:								
Kostenerstatt. f. wirtsch.förd. Maßn.	4.364	3.664	3.664	3.664	3.664	3.664		
Kons. + Inv. Einnahmen von Brhv.:	8.117	6.508	6.617	6.625	6.632	6.639		
III. Kons. Ausg. an Brhv. (o. Konsoh.)	293.315	301.163	314.595	320.679	324.193	329.939		
darunter:								
Kostenerstatt. f. Pers.ausg. d. Polizei	33.823	34.112	34.688	34.939	35.004	35.283		
Kostenerstatt. f. Sachausg. d. Polizei	1.470	2.100	2.115	2.121	2.127	2.134		
Kostenerst. f. Pers.ausg. d. Schulen	92.332	93.781	93.171	94.282	94.779	96.033		
Sozialleistungen	57.298	60.690	61.721	62.771	63.838	64.923		
Ausg. f. Bildung + Teilhabe an Brhv.			4.891	4.891	3.679	3.679		
Schlüsselzuweisungen	66.776	68.301	75.793	79.443	82.519	85.624		
Ergänzungszuweisungen	35.100	35.100	35.100	35.100	35.100	35.100		
Ausgleich f. Wegfall Kfz-Steuer	1.860	1.860	1.860	1.860	1.860	1.860		
Sonstige kons. Verrechnungen	4.655	5.219	5.256	5.271	5.287	5.303		
IV. Investive Ausgaben an Brhv.	29.050	11.948	10.239	10.206	10.173	10.140		
darunter:								
Finanzhilfen nach dem GVFG	1.989	1.991	1.991	1.991	1.991	1.991	2)	
Kostenerstatt. f. wirtsch.förd. Maßn.	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500		
Umsetz. von Zukunftsinvestitionen	16.678							
Anteil an der Feuerschutzsteuer	482	547	400	400	400	400		
Sonstige inv. Verrechnungen	5.400	4.910	3.348	3.315	3.282	3.249		
Kons. + Inv. Ausgaben an Brhv.:	322.365	313.112	324.834	330.885	334.365	340.079		
Weiterleitung Konso-Hilfe an Brhv.		20.739	31.109	31.109	31.109	31.109		

1) 1,7 % Steigerung analog Steigerung der Sozialleistungsausgaben.

2) Gem. Entflechtungsgesetz zugesagte Leistungen aus Bundeshaushalt bis 2013. Leistungen 2014 bis 2019 sind bis Ende 2013 mit dem Bund auszuhandeln.

Die vorstehende **Tabelle 11** dokumentiert den derzeit aktuellen Abstimmungsstand der zwischen den Haushalten vorzusehenden Zahlungsströme. Die **Basis der Fortschreibungswerte** bilden dabei im Wesentlichen

- gesetzliche Vorgaben (Ergänzungszuweisungen; Kfz-Steuer-Kompensation etc.),
- Ergebnisse der Steuerschätzungen (Schlüsselzuweisungen),
- Verständigungen mit der Senatorin für Finanzen (Personalkostenerstattungen),
- feststehende Anteilssätze (insbesondere „Bildung und Teilhabe“) und
- für alle bremischen Haushalte einheitlich vorgesehene Zuwachsraten (Sozialleistungen).

Die wesentlichen der genannten Positionen wurden im Rahmen der Eckwert-Vorschläge als **Vorabdotierungen** berücksichtigt und sind exakt mit den ausgewiesenen Beträgen in den Haushaltsanschlüssen und –planwerten der betroffenen Bereiche zu berücksichtigen. **Veränderungen** der vorgesehenen Verrechnungsbeträge und **Konkretisierungen** der als Restgrößen dargestellten sonstigen Verrechnungspositionen sind im weiteren Verfahren nur nach **Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts** und umgehender **Information der Senatorin für Finanzen und der Kämmerei der Stadt Bremerhaven** vorzunehmen.

4.5. Gesamtrahmen

Die bei der Ableitung der Eckwert-Vorschläge berücksichtigten **Besonderheiten und Bereinigungsnotwendigkeiten** wirken sich teilweise auch auf die dargestellten **Ausgangswerte des Finanzrahmens insgesamt** (vgl. 4.1.) aus. Zu den vorgenommenen Veränderungen mit entsprechenden Wirkungen zählen

- die rahmenerhöhende und dabei saldenneutrale Berücksichtigung der Leistungen für **Bildung und Teilhabe** auf der Einnahme- und Ausgabeseite der Haushalte,
- die Effekte der Nettostellung bei der Finanzierung des **Deutschen Schifffahrts-museums**,
- die globale Absenkung der **investiven Einnahmeerwartungen**,
- die über Umsatzsteuer-Anteile finanzierte Aufstockung der **Betriebskostenzuschüsse nach dem Kinderförderungsgesetz** sowie
- die Minderung der vorgesehenen **Risikobeträge**, die in den Jahren 2012 und 2013 zum Ausgleich der investiven Mindereinnahmen und des Betriebskostenzuschusses KiföG nicht ausreicht und dementsprechend zu einer leichten Verschlechterung des Gesamtrahmens führt.

Tab. 12: Finanzrahmen 2011 / 2015 (neu)

Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Stand: 23. September 2011

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Ist	Anschlag	Planung			
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Steuerabhängige Einnahmen	2.515,1	2.604,3	2.857,3	3.002,9	3.123,3	3.245,7
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 3,5 %	+ 9,7 %	+ 5,1 %	+ 4,0 %	+ 3,9 %
Sonstige konsumtive Einnahmen	511,2	495,7	524,7	531,1	528,4	530,9
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 3,0 %	+ 5,9 %	+ 1,2 %	- 0,5 %	+ 0,5 %
- Ausgangswerte	511,2	495,7	502,2	508,5	512,0	514,5
- Bundesleistungen für Bildung und Teilhabe			24,8	24,8	18,7	18,7
- Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum			-2,3	-2,3	-2,3	-2,3
Investive Einnahmen	166,4	104,0	86,0	83,4	91,8	91,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 37,5 %	- 17,3 %	- 3,0 %	+ 10,0 %	- 0,5 %
- Ausgangswerte (ohne KP II)	110,6	89,2	90,1	91,0	91,0	91,0
- Einnahmen aus dem KP II 1)	55,8	14,8				
- Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum			-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
- Globale Absenkung			-4,0	-7,5	0,9	0,4
nachr.: Investive Einnahmen (ohne KP II)	110,6	89,2	86,0	83,4	91,8	91,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 19,3 %	- 3,6 %	- 3,0 %	+ 10,0 %	- 0,5 %
Bereinigte Einnahmen	3.192,6	3.204,0	3.468,1	3.617,4	3.743,5	3.868,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 0,4 %	+ 8,2 %	+ 4,3 %	+ 3,5 %	+ 3,3 %
Personalausgaben	1.139,8	1.164,3	1.174,1	1.185,6	1.196,6	1.208,5
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,1 %	+ 0,8 %	+ 1,0 %	+ 0,9 %	+ 1,0 %
- Versorgungsbezüge	370,9	374,7	393,5	407,9	422,3	432,6
- Dienstbezüge für Aktive	768,9	789,6	782,8	779,9	776,6	778,2
- Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum			-2,3	-2,3	-2,3	-2,3
Sozialleistungsausgaben	666,2	679,8	691,4	703,1	715,1	727,2
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+ 2,0 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %	+ 1,7 %
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.357,7	1.345,0	1.380,9	1.386,7	1.385,0	1.389,0
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 0,9 %	+ 2,7 %	+ 0,4 %	- 0,1 %	+ 0,3 %
- Ausgangswerte 2)	1.357,7	1.345,0	1.354,5	1.358,2	1.361,9	1.366,0
- Ausgaben für Bildung und Teilhabe			24,8	24,8	18,7	18,7
- Aufstockung Betriebskostenzuschuss KiföG			1,6	3,6	4,4	4,4
- Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum			0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsausgaben	580,2	476,8	457,0	454,9	462,4	439,4
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 17,8 %	- 4,1 %	- 0,5 %	+ 1,6 %	- 5,0 %
- Ausgangswerte (ohne KP II) 3)	518,2	464,1	457,1	455,0	462,4	439,5
- Ausgaben für das KP II 1)	62,1	12,7				
- Nettostellung Deutsches Schiffahrtsmuseum			-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
nachr.: Tilgungen (für Veranschlagung)		61,4	74,6	61,7	53,6	46,0
=> Investitionsausgaben (ohne KP II und Tilgungen)		402,7	382,4	393,2	408,7	393,4
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)			- 5,0 %	+ 2,8 %	+ 4,0 %	- 3,7 %
(Vor-) Finanzierung struktur. Entlastungen 4)			30,0	20,0		
Risikobetrag			-0,5	-1,1	11,5	16,1
- Ausgangswerte			5,0	10,0	15,0	20,0
- für globale Absenkung der inv. Einnahmen			-4,0	-7,5	0,9	0,4
- für Betriebskostenzuschuss KiföG			-1,6	-3,6	-4,4	-4,4
=> Mehrausgaben			0,5	1,1		
Primärausgaben	3.744,0	3.665,9	3.733,3	3.750,3	3.770,5	3.780,3
Primärausgaben (ohne Tilgungen)	3.673,3	3.604,5	3.658,7	3.688,6	3.716,8	3.734,3
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 1,9 %	+ 1,5 %	+ 0,8 %	+ 0,8 %	+ 0,5 %
Zinsausgaben	641,7	622,6	632,7	654,4	646,6	680,8
Bereinigte Ausgaben	4.385,7	4.288,5	4.366,0	4.404,7	4.417,1	4.461,1
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		- 2,2 %	+ 1,8 %	+ 0,9 %	+ 0,3 %	+ 1,0 %
Finanzierungssaldo	-1.193,1	-1.084,6	-897,9	-787,3	-673,6	-593,1

1) 2011 nicht veranschlagt (Restübertragung) 2) 2010: Hinzurechnung Zahlungen an Versorgungsanstalt (38,2 Mio. €)
3) 2010: Einschließlich Nettokreditaufnahme der Sondervermögen (86,6 Mio. €) 4) Einschließlich investiver Maßnahmen

In **Tabelle 12** sind die Größenordnungen und Effekte dieser Anpassungen in Form eines aktualisierten Finanzrahmens zusammenfassend dargestellt. Da die beschriebenen Ergänzungen und Korrekturen entweder saldenneutral wirken oder zu Lasten der gebildeten Risikobeträge umgesetzt werden, ergeben sich zwar deutlichere **Verschiebungen in der Struktur der Einnahme- und Ausgabeseite**, jedoch nur **geringfügige Veränderungen in den Salden** der Planjahre. Lediglich in den Jahren **2012 (0,5 Mio. €)** und **2013 (1,1 Mio. €)** ist gegenüber der ursprünglichen Rahmensetzung (vgl. 4.1.) eine geringfügige Erhöhung des Finanzierungsdefizits zu verzeichnen.

5. Weiteres Verfahren

Nach Beschluss des Senats zum Finanzrahmen 2011/2015 und zu den daraus abgeleiteten Eckwertvorschlägen soll das sich anschließende Aufstellungsverfahren eine abschließende Beschlussfassung über die Haushalte 2012/2013 im April 2012 ermöglichen. Die konkreten **Termine** der einzelnen Bearbeitungs- und Beratungsschritte sind in der **Anlage 6** zusammengefasst.

Die Terminplanung für die Haushaltsaufstellung der **Stadt Bremerhaven** wurde **synchron** zum Ablaufplan für das Land und die Stadtgemeinde Bremen gestaltet. Die **wichtigsten Zwischenschritte** des parallelen Aufstellungsverfahrens lassen sich damit wie folgt zusammenfassen:

Land und Stadtgemeinde Bremen		Stadt Bremerhaven	
11.10.2011	Eckwert-Beschlüsse des Senats	bis 12.10.2011	Eckwert-Beschlüsse des Magistrats Bremerhaven
13.12.2011	Abgabe der durch die Fachressorts erstellten und von den Deputationen und Ausschüssen beratenen Haushaltsvorentwürfe sowie der Wirtschaftspläne bei der SF		
14.02.2012	Beschlüsse des Senats über den Haushalt 2012/2013 und die Wirtschaftspläne	07.02.2012	Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses über den Haushaltsplan-Gesamtentwurf
21./22.03.2012	Erste Lesung der Bremischen Bürgerschaft	20.03.2012	Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Gegenstand des weiteren Aufstellungsverfahrens wird auch die Erstellung der **maßnahmen-bezogenen, mittelfristigen Investitionsplanung** sein. Die Investitionsplanung für den Zeitraum 2011/2015

- ist parallel zur Erarbeitung der Haushaltsentwürfe und Wirtschaftspläne, d. h. gemäß aktueller Terminplanung **bis zum 11. November 2011**, von den Ressorts zu erstellen,
- kann auf entsprechend **vorbereitete Listen der Senatorin für Finanzen** aufsetzen, die unmittelbar nach dem Eckwert-Beschluss des Senats mit den notwendigen Informationen zur Erstellung versandt werden,
- wird **ergänzende Kategorisierungen** zur besseren Abbildung der Investitionsstrukturen (Bremerhaven-Bezug; Drittmittel-Anteile; Zuführungen an Sondervermögen) beinhalten und
- sollte – mit in den Folgejahren abnehmendem Konkretisierungsgrad – die **wesentlichen Einzelprojekte** der Ressorts und dabei auch den unter Konsolidierungsgesichtspunkten angestrebten **Vorrang von Sanierungsmaßnahmen** vor neuen Vorhaben dokumentieren.

Bei der Erstellung der **Wirtschaftspläne** für die Sondervermögen ist die investive Verwendung der aus dem Kernhaushalt zufließenden bzw. aus eigenen Erlösen zur Verfügung stehenden Mittel **ebenfalls** möglichst weitgehend **maßnahmen-bezogen** darzustellen.

Die **Finanzplanung 2011/2015** wird zu den Senatsberatungen der Haushalte 2012/2013 Mitte Februar 2012 vorgelegt. Der Vorlagetermin stellt sicher, dass die **Ist-Ergebnisse** des dann abgeschlossenen Haushaltsjahres **2011** und der aktuelle Stand der Haushaltsentwürfe in die mittelfristige Betrachtung einbezogen werden können. Die Finanzplanung 2011/2015 wird

- auch Ergebnisse der **November-Steuerschätzung 2011** berücksichtigen, die für die Rahmensetzung des Konsolidierungskurses 2010/2020 allerdings zunächst keine Veränderungen ergeben,
- die zur weiteren Beratung in den parlamentarischen Gremien anstehenden Eckwertentwürfe um die **produktplan-bezogenen Planwerte für die Jahre 2014 und 2015** ergänzen und
- bei der aggregierten Betrachtungsebene konsequent die Abbildung von **Stadtstaat-Ergebnissen** sowie die **Bezüge zum strukturellen Defizit** der Haushalte in den Vordergrund stellen.

Veränderungen der Rahmensetzungen für die Mittelfrist-Planung können sich erst wieder aus den Regionalisierungsergebnissen der **Steuerschätzung vom Mai 2012** ergeben und dabei die **Haushaltsjahre ab 2013** betreffen.

Anlage 1

Strukturelles Defizit

Bremische Gebietskörperschaften; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Ist 2010				
	Stadt-staat	Land und Stadtgem.	Land Bremen	Stadt Bremen	Bremer-haven
A. Kernhaushalt / Sondervermögen					
Steuerabhängige Einnahmen	2.600,2	2.515,1	1.939,2	808,8	151,9
- Steuereinnahmen	2.027,4	1.942,3	1.366,4	575,9	85,1
- Länderfinanzausgleich (LFA)	370,0	370,0	370,0	-	-
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	202,8	202,8	202,8	-	-
- Sonder-Bundesergänzungszuweisungen	60,3	60,3	60,3	-	-
- Schlüsselzuweisungen	-	-	-	232,9	66,8
Sonstige konsumtive Einnahmen	555,0	511,2	392,7	819,6	274,3
Investive Einnahmen	162,9	166,4	174,5	101,3	31,0
Bereinigte Einnahmen	3.318,1	3.192,6	2.506,4	1.729,7	457,2
Personalausgaben	1.371,5	1.139,8	551,8	588,0	231,6
Zinsausgaben	690,3	641,7	386,2	255,4	48,6
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.966,1	2.023,9	1.751,7	1.206,2	238,7
Investitionsausgaben	545,1	493,6	365,1	237,9	85,0
Bereinigte Ausgaben	4.572,9	4.299,0	3.054,9	2.287,5	603,9
Finanzierungssaldo	-1.254,9	-1.106,4	-548,5	-557,9	-146,7
- Haushaltstechn. Verrechnungen (Einnahmen)	1.445,4	1.113,7	10,6	59,7	-
- Haushaltstechn. Verrechnungen (Ausgaben)	1.444,2	1.114,2	10,3	60,5	-
Saldo der haushaltstechn. Verrechnungen	1,2	-0,5	0,3	-0,8	-
Finanzierungssaldo (gem. Kassenst.)	-1.253,7	-1.106,9	-548,2	-558,7	-146,7
- Veräußerung von Beteiligungen	0,069	0,060	0,015	0,044	0,009
- Schuldenaufnahme öffentlicher Bereich	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Darlehensrückflüsse	11,897	11,552	0,564	10,988	0,345
Finanzielle Transaktionen (Einnahmen)	11,966	11,612	0,579	11,032	0,354
- Erwerb von Beteiligungen	0,012	0,012	0,012	0,000	0,000
- Tilgungen an öffentlichen Bereich	4,831	4,831	4,831	0,000	0,000
- Darlehen	2,202	0,618	0,592	0,026	1,584
Finanzielle Transaktionen (Ausgaben)	7,045	5,461	5,435	0,026	1,584
Saldo der finanziellen Transaktionen	4,921	6,151	-4,856	11,006	-1,230
Bereinigtes Defizit Kernhaushalt	-1.258,6	-1.113,1	-543,3	-569,7	-145,5
Nettokreditaufnahme Sondervermögen	-74,358	-86,630	-11,808	-74,822	12,272
Saldo vor konjunkt. Bereinigung	-1.332,9	-1.199,7	-555,1	-644,6	-133,2

Tab. 2: Strukturelles Defizit

Stadtstaat Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen

Ist 2010

Stadt- staat	Land und Stadtgem.	Land Bremen	Stadt Bremen	Bremer- haven
-----------------	-----------------------	----------------	-----------------	------------------

B. Konjunkturbereinigung

- Umsatzsteuer (Ist)	576	Steuerabhängige Einnahmen (ohne Sonder-BEZ)			
- Länderfinanzausgleich (Ist)	370	2.454,739	1.878,831	575,908	85,123
- Allg. Bundesergänzungszuweisungen (Ist)	143	Kommunaler Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen)			
		-66,776	-299,631	232,855	66,776
- Umsatzsteuer (Abrechnung)	605	Steuerabhängige Einnahmen (nach KFA)			
- Länderfinanzausgleich (Abrechnung)	444	2.387,963	1.579,200	808,763	151,899
- Allg. Bundesergänzungszuweisungen (Abrechn.)	146	Anteil an steuerabhängigen Einnahmen (nach KFA; in %)			
		94,019	62,177	31,843	5,981
Saldo der periodenger. Abrechnung	105,7	99,4	65,7	33,7	6,3

Nominales Produktionspotenzial	2.499.800
Berechnungsstand	Mai 2010
Nominales Bruttoinlandsprodukt	2.452.400
Berechnungsstand	Mai 2010
=> Produktionslücke	-47.400
Konjunkturkomponente Länder	5.987
Budgetsensitivität: 0,126303	
Konjunkturkomponente Gemeinden	1.951
Budgetsensitivität: 0,041154	
Konjunkturkomp. Bremen (Landessteuern)	64
Anteil an Ländergesamtheit (in %)	1,071
Konjunkturkomp. Bremen (Gemeindesteuern)	19
Anteil an Ländergesamtheit (in %)	0,998

Ex ante-Konjunkturkomponente	83,6	78,565	51,956	26,609	4,998
Steuerabweichungskomponente	-75,5	-70,959	-46,926	-24,033	-4,514
Ex post-Konjunkturkomponente	8,1	7,6	5,0	2,6	0,5
Ableitungsdifferenz	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0
=> Strukturelles Defizit	-1.218,9	-1.092,5	-484,3	-608,2	-126,4

Vorabdotierungen für Haushalte 2012 ff.

in T €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen		Prod.- plan	Kate- gorie ¹⁾	bei Eckwertbildung zu berücksichtigende Beträge					
				2011	2012	2013	2014	2015	
Rahmenverändernde, saldenneutrale Faktoren									
Einnahmen				0	24.040	26.120	20.696	20.696	
- Bundesleistungen für Bildung und Teilhabe	41	KE		0	24.836	24.836	18.682	18.682	
- Nettostellung Deutsches Schifffahrtsmuseum	22	KE		0	-2.276	-2.276	-2.276	-2.276	
	22	IE		0	-80	-80	-80	-80	
- Umsatzsteueranteile für Betriebskostenzuschuss KiföG	93			0	1.560	3.640	4.370	4.370	
Ausgaben				0	24.040	26.120	20.696	20.696	
- Ausgaben für Bildung und Teilhabe	41	KA		0	19.945	19.945	15.003	15.003	
- Ausgaben für Bildung und Teilhabe an Bremerhaven	41	KA		0	4.891	4.891	3.679	3.679	
- Nettostellung Deutsches Schifffahrtsmuseum	22	PA		0	-2.266	-2.266	-2.266	-2.266	
	22	KA		0	-9	-9	-9	-9	
	22	IA		0	-81	-81	-81	-81	
- Betriebskostenzuschuss KiföG	41	KA		0	1.560	3.640	4.370	4.370	
Umschichtungen innerhalb des Finanzrahmens (Vorabdotierungen)									
Mittel für politische Schwerpunktsetzungen (Kat. 1)									
Konsumtive Ausgaben			21/41	KA		10.500	13.000	15.000	15.000
- Ganztätiges Lernen (Verbesserung der Ausstattung)	21	KA							
- Kindertagesbetreuung (Ausbau der Sprachförderung)	41	KA							
- Kindertagesbetreuung (laufende Kosten; einsch. Tariffeffekte)	41	KA							
Investitionsausgaben			21/41	IA	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Ganztätiges Lernen (neue Einrichtungen)	21	IA		4.000					
- Kindertagesbetreuung (neue Einrichtungen)	41	IA							
Bestehende Beschlüsse (HaFA, Senat, StR u. a.) (Kat. 2)									
- Schlüsselzuweisungen an Bremerhaven (gem. Steuerschätzung)	93	KA		68.301	75.793	79.443	82.519	85.624	
- Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven (Konstantsetzung)	93	KA		35.100	35.100	35.100	35.100	35.100	
- Zuweisungen für Wegfall KFZ-Steuer an Bremerhaven	93	KA		1.860	1.860	1.860	1.860	1.860	
- Feuerschutzsteuer an Bremerhaven (gem. Steuerschätzung)	93	IA		547	400	400	400	400	
- Personalkostenerstattungen Polizei an Bremerhaven	07	KA		34.112	34.688	34.940	35.004	35.283	
- Personalkostenerstattungen Lehrer an Bremerhaven	21	KA		93.781	93.171	94.282	94.779	96.033	
- Cherbourger Straße (Planungskosten)	68	IA		1.039	2.251	2.000	2.000	2.000	
- Cherbourger Straße (Baukosten)	81	IA		0	4.667	7.598	7.598	5.333	
- JVA-Sanierung	11	IA		3.960	5.000	5.000	5.000	5.000	
- Einnahmen Sozialleistungen (Festlegung Finanzrahmen)	41	KE		90.843	92.387	93.958	95.555	97.180	
- Zuweisungen für Wegfall KFZ-Steuer (Konstantsetzung)	93	KE		55.489	55.489	55.489	55.489	55.489	
- Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen (Konstantsetzung)	81	IE		10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	
- Anschlaganpassung "Bundesangelegenheiten"	05	KE		350	320	320	320	320	
	05	KA		1.684	1.834	1.834	1.834	1.834	
- Umsetzung Konzept "Zentraler Einkauf"	92	KA		0	551	551	551	551	
- Bürgertelefon	92	KA		0	1.125	1.125	1.125	1.125	
- Zensus (2011), BT-Wahl (2013), Europawahl (2014)	07	KE		777	50	650	600	0	
	07	KA		3.407	1.340	767	684	0	
- Bürgerschafts- / Beirätewahlen	07	KA		1.500	0	0	0	1.500	
- Personalkostenerstattungen Hochschulen	24	KA		168.939	170.465	171.992	173.519	176.064	
- Personalkostenerstattungen KiTa	41	KA		89.971	90.781	91.591	92.400	93.750	
- An IB für Innenreinigung und Hausmeister	div.	KA		37.508	37.508	37.346	37.346	37.346	
- übrige Personalkostenerstattungen an ausgegliederte Einheiten	div.	KA		56.434	56.434	56.434	56.434	56.434	
- Mehrbedarf Kontrakt Theater	22	KA		0	776	776	776	776	
- Betriebskostenzuschuss KiföG	41	KA		3.640	5.200	7.280	8.010	8.010	
- Ausgleich Vorfinanzierung JUB	24	IA			875	1.875			
	71	IA			875	1.875			
Unmittelbare Einnahme-Ausgaben-Beziehungen (> 1 Mio.€)									
- Einnahmen REFI-Mittel	07	KE		1.956	1.956	1.956	1.956	1.956	
	07	PA		1.956	1.956	1.956	1.956	1.956	
- BAföG-Novelle Bildung	21	KE		6.143	6.143	6.143	6.143	6.143	
	21	KA		6.143	6.143	6.143	6.143	6.143	
- BAföG Hochschulen	24	KE		12.155	12.155	12.155	12.155	12.155	
	24	KA		12.155	12.155	12.155	12.155	12.155	
- Hochschulpakt 2020	24	KE		3.546	3.546	3.546	3.546	3.546	
	24	KA		3.546	3.546	3.546	3.546	3.546	

Vorbereitung der Haushalte 2012 ff. II

in T €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Prod.- plan	Kate- gorie ¹⁾	bei Eckwertbildung zu berücksichtigende Beträge				
			2011	2012	2013	2014	2015
Unmittelbare Einnahme-Ausgaben-Beziehungen (> 1 Mio.€)							
Fortsetzung							
- Finanzierung Zentrum für marine Tropenökologie (ZMT)	24	KE	3.551	3.551	3.551	3.551	3.551
	24	IE	378	378	378	378	378
	24	KA	3.551	3.551	3.551	3.551	3.551
	24	IA	378	378	378	378	378
- Hochschulbaumaßnahmen / Forschungsförderung	24	IE	14.843	14.843	14.843	14.843	14.843
	24	IA	14.843	14.843	14.843	14.843	14.843
- EFRE-Programm bis 2013 (zentrale Vereinnahmung)	71	KE	3.349	1.961	2.173	35	35
	71	IE	16.773	15.117	13.123	10.800	10.500
	71	KA	35	35	35	35	35
	71	IA	10.648	11.000	11.000	10.800	10.500
- EFRE-Programm 2014/2020	71	KE	0	0	0	2.173	2.173
	71	IE	0	0	0	13.123	13.123
	71	KA	0	0	0	35	35
	71	IA	0	0	0	11.000	11.000
- EFRE-Programm (Wissenschaft)	24	KA	1.600	212	423	423	423
	24	IA	3.000	2.017	698	698	698
- EFRE-Programm (Arbeit)	31	KA	1.714	1.714	1.715	1.715	1.715
- EFRE-Programm (SUBVE)	68	IA	3.125	2.100	1.425	1.425	1.425
- ESF-Programm	31	KE	13.366	13.366	13.490	13.490	13.490
	31	KA	13.366	13.366	13.490	13.490	13.490
- Entschädigungsleistungen (Kriegsopferfürs.; Opferentsch.; Wierderg.)	31	KE	3.578	3.578	3.578	3.578	3.578
	31	KA	3.578	3.578	3.578	3.578	3.578
- Ausgleichsabgaben	31	KE	5.090	5.090	5.090	5.090	5.090
	31	KA	4.230	4.230	4.230	4.230	4.230
	31	IA	860	860	860	860	860
- Zahlungen im Rahmen des KiföG	41	IE	2.716	2.662	2.610	0	0
	41	IA	2.227	2.183	2.140	0	0
- Weiterleitung an Bremerhaven	41	IA	489	479	470	0	0
- Refinanziertes Personal und Sachkosten jobcenter	51	KE	14.410	14.410	14.410	14.410	14.410
	51	PA	11.400	11.400	11.400	11.400	11.400
	51	KA	3.010	3.010	3.010	3.010	3.010
- Mamma-Screening	51	KE	1.344	1.344	1.344	1.344	1.344
	51	PA	694	694	694	694	694
	51	KA	650	650	650	650	650
- Wohngeld (Konstantsetzung)	68	KE	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
	68	KA	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
- ÖPNV / Bundesanteil Straßenbau	68	KE	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750
	68	IE	11.979	11.979	11.979	11.979	11.979
	68	PA	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050
	68	KA	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700
	68	IA	11.979	11.979	11.979	11.979	11.979
- GVFG	68	IE	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
	68	IA	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063
- Städtebauförderung / Soziale Stadt	68	IE	2.898	2.898	2.898	2.898	2.898
	68	IA	2.898	2.898	2.898	2.898	2.898
- Küstenschutz	68	IE	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
	68	IA	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
- Geo-Information	68	KE	1.542	1.542	1.542	1.542	1.542
	68	PA	464	464	464	464	464
	68	KA	1.078	1.078	1.078	1.078	1.078
- Abwasserabgabe / Wasserentnahmegebühr	68	KE	7.450	7.450	7.450	7.450	7.450
	68	PA	556	556	556	556	556
	68	KA	2.100	2.100	2.100	2.100	2.100
	68	IA	410	410	410	410	410
- EU-Fischereifonds	71	IE	1.800	1.800	1.300	1.300	1.300
	71	IA	1.800	1.800	1.300	1.300	1.300
- GRW-Mittel	71	IE	3.535	2.100	2.000	2.150	2.000
	71	IA	3.535	2.100	2.000	2.150	2.000
- Bundesbau	91	KE	5.152	5.152	5.152	5.152	5.152
	91	KA	5.152	5.152	5.152	5.152	5.152
- Spielbankaufsicht	91	KE	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
	91	PA	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200

Vorbereitung der Haushalte 2012 ff. II

in T €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Prod.- plan	Kate- gorie ^{*)}	Anschlag	bei Eckwertbildung zu berücksichtigende Beträge				
			2011	2012	2013	2014	2015	
technisch bzw. organisatorisch bedingte Verschiebungen								
- Ringtausch im KP II (von PPI. 68 an PPI. 07)	68	IA	900	0	0	0	0	
	07	IA	0	900	900	900	900	
- Ringtausch im KP II (von PPI. 68 an PPI. 96)	68	IA	3.500	0	0	0	0	
	96	IA	0	3.500	3.500	3.500	3.500	
- Nettostellung Deutsches Schifffahrtsmuseum	22	KE	2.276	0	0	0	0	
	22	IE	80	0	0	0	0	
	22	PA	2.266	0	0	0	0	
	22	KA	9	0	0	0	0	
	22	IA	81	0	0	0	0	
Summe und Effekte der Vorabdotierungen nach Einnahme- und Ausgabearten								
Sonstige konsumtive Einnahmen								
Finanzrahmer		KE	495.651	502.170	508.510	511.984	514.544	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5	
Saldenneutrale Veränderungen		KE	0	22.560	22.560	16.406	16.406	
Vorabdotierungen		KE	244.817	266.776	269.283	264.711	265.736	
=> Ubrige Positioner		KE	250.834	257.954	261.787	263.679	265.214	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 2,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,6	
Investive Einnahmen (ohne KP II)								
Finanzrahmer		IE	89.190	90.082	90.983	90.983	90.983	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 1,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	
Saldenneutrale Veränderungen		IE	0	-80	-80	-80	-80	
Globale Absenkung der Einnahmeerwartunge		IE		-3.980	-7.470	870	420	
Vorabdotierungen		IE	83.802	80.577	77.931	86.271	85.821	
=> Ubrige Positioner		IE	5.388	5.445	5.502	5.502	5.502	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 1,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	
Personalausgaben								
Finanzrahmer		PA	1.164.305	1.176.326	1.187.898	1.198.826	1.210.814	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	
Saldenneutrale Veränderungen		PA	0	-2.266	-2.266	-2.266	-2.266	
Vorabdotierungen		PA	20.586	18.320	18.320	18.320	18.320	
=> Ubrige Positioner		PA	1.143.719	1.155.740	1.167.312	1.178.240	1.190.228	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	
Sonstige konsumtive Ausgaben (ohne Sozialleistungsausgaben)								
Finanzrahmer		KA	1.345.006	1.354.475	1.358.202	1.361.914	1.366.000	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	
Saldenneutrale Veränderungen		KA	0	26.387	28.467	23.043	23.043	
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereicl			937	5.000	5.000	5.000	5.074	
Vorabdotierungen		KA	668.291	716.682	728.213	730.714	740.137	
=> Ubrige Positioner		KA	676.715	664.180	658.456	654.243	648.906	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				- 1,9	- 0,9	- 0,6	- 0,8	
Investitionsausgaben (ohne KP II) I.								
Finanzrahmer		IA	464.081	457.096	454.956	462.434	439.488	
Tilgungen (für Einnahmen BKF)		IA	53.896	83.206	71.572	63.913	50.930	
Finanzrahmen (ohne Tilgungen)		IA	410.185	373.890	383.384	398.521	388.558	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				- 8,8	+ 2,5	+ 3,9	- 2,5	
Saldenneutrale Veränderungen		IA	0	-81	-81	-81	-81	
Vorabdotierungen		IA	88.282	93.578	95.612	100.202	97.487	
=> Ubrige Positioner		IA	321.903	280.231	287.691	298.238	290.990	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				- 12,9	+ 2,7	+ 3,7	- 2,4	
Investitionsausgaben (ohne KP II) II.								
Finanzrahmer		IA	464.081	457.096	454.956	462.434	439.488	
Tilgungen (für Veranschlagung		IA	61.369	74.619	61.701	53.638	45.963	
Finanzrahmen (ohne Tilgungen)		IA	402.712	382.477	393.255	408.796	393.525	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				- 5,0	+ 2,8	+ 4,0	- 3,7	
Saldenneutrale Veränderungen		IA	0	-81	-81	-81	-81	
Vorabdotierungen		IA	88.282	93.578	95.612	100.202	97.487	
=> Ubrige Positioner		IA	314.430	288.818	297.562	308.513	295.957	
Veränderung ggü. Vorjahr in %				- 8,1	+ 3,0	+ 3,7	- 4,1	

*) Kategorien: KE = konsumtive Einnahmen; IE = investive Einnahmen; PA = Personalausgaben; KA = konsumtive Ausgaben; IA = Investitionsausgaben

Tilgungsbeträge der Kapitaldienstfinanzierungen (in Tsd. €)

	2012	2013	2014	2015
I. Summe Tilgung Kapitaldienstfin. (alle PPI für L+G)	74.319	61.701	53.638	45.963
PPI 01 An SVIT Sanierung des Hauses der Bürgerschaft	269	279	289	299
PPI 07 An beauftragte Dritte für die Logistiksäule	42			
An SVIT, invest. Miete (Feuerwehr)	783	738	620	549
An SVIT, invest. Miete (Polizei Bremen)	950	818	587	256
	1.775	1.556	1.207	805
PPI 12 An SVIT, Tilgung auf Sanier.kredit-Projekte	59	61	64	67
PPI 21 Investive Miete an SVIT	1	1		
An SVIT, Tilgung auf San.kredite	1.892	1.958	2.026	2.098
An SVIT, inv. Miete f.mobile Schulausstatt.	1.182	992	798	604
	3.075	2.951	2.825	2.702
PPI 22 An SVIT, Tilgung auf San.kredite (Überseemuseum)	87	90	94	98
PPI 24 Anteil Mietkaufprojekt SFG -Tilgung-	427	427	427	427
Anteil Mietkaufprojekt IW3 -Tilgung-	427	427	427	427
Anteil Mietkaufprojekt Chemie -Tilgung-	1.131	1.131	1.131	1.131
Anteil energet. Gesamtoptimier. SuUb -Tilgung-	370	370	370	370
Anteil Kapselkatapult -Tilgung-	75	77	80	63
Anteil Marum/ODP -Tilgung-	464	481	497	515
Anteil Mietkaufprojekt HS Bhv -Tilgung-	1.042	1.042	1.042	1.042
Tilgung für Projekt Exzellenzinitiative	742	2.500	2.500	2.500
	4.678	6.455	6.474	6.475
PPI 51 Regionalisierung Psychiatrie	265	265	265	265
Regionalisierung Psychiatrie	132	132	132	132
	397	397	397	397
PPI 68 A 281	10.000			
An Bremer-Aufbau Bank f. Wohnraumförd. -L-	821	855	889	926
An Bremer-Aufbau Bank f. Wohnraumförd. -G-	441	459	476	495
An SV Infra/Verkehr (Kostenbeiträge BgA)	645			
	11.907	1.314	1.365	1.421
PPI 71 SV Überseestadt	2.573	2.649	2.737	
Schuldendiensthilfen an die BIS	553	210	533	
Hansalinie Erweiterung	736	736	585	
Innenstadtentwicklung Bremerhaven	1.178	707	44	
Logistikzentrum GVZ / Niedervieland	2.572	2.572	2.572	2.572
Bremer Vulkan Kompensation	545	545	545	545
Bremer Vulkan Erschließung	526	526	526	526
Universum	3.467	3.323	474	
Bremer Industriepark	1.787	1.340		
Gewerbepark Hansalinie	1.071	1.009		
Investitionszuschüsse an Bremerhaven	5.195	5.195	2.715	
Gewerbegebiet Huckelriede	210	203	179	
	20.413	19.015	10.910	3.643

	2012	2013	2014	2015
PPI 81 Fischereihafenschleuse Bremerhaven	3.861	3.861	3.861	3.861
Zuführung an SV Hafen - Hafenschlick	3.355	236		
Zuführung an SV Hafen - CT IV	3.000	4.000	4.000	4.000
Zuführung an SV Hafen - CT III	7.819	7.618	7.618	7.364
Zuführung an SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	2.685	2.275	2.313	2.346
Zuführung an SV Hafen - Hafenzuwässerung	710	710	706	687
Zuführung an SV Hafen - Kaiserschleuse	8.052	8.441	8.846	9.090
JadeWeserPort	1.034	1.078	992	1.021
Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebsh.	516	453	471	484
Zuführung an SV Hafen - Umgestalt. Osthafen	627	610	606	604
	31.658	29.282	29.413	29.456
PPI 93 An Stiftung Wohnliche Stadt für Investitionen	0	300	600	600
II. Summe Tilgung Kapitaldienstfin. (Bremerhaven)	14.179	19.695	13.209	12.579
Brhv. Schuldendienst HAGÖF für US_Wohnungen	137	144	153	160
Gebäudesanierungen	1.909	1.986	2.063	2.143
Innenstadtprogramm Brhv.	742	393	106	
Havenwelten	10.387	16.127	9.797	9.140
Zoo am Meer	202	213	225	237
Südliche Innenstadt Brhv.	278	288	299	310
Stadtteilprogramm	313	326	340	355
Offshore Windenergie	211	218	226	234
III. Summe Tilgung Kap.dienstfin. (Stadtstaat)	88.498	81.396	66.847	58.542

Eckwertvorschläge 2012 / 2013

Entwürfe 2012

Entwürfe 2013

(bisherige PPI-Struktur; in Tsd.€)

	Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal- Ausgaben	Eckwertrel.- Zinsausg.	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben		Konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal- Ausgaben	Eckwertrel.- Zinsausg.	Konsumtive Ausgaben	Investive Ausgaben
PPI- Gliederung 1):	524.730	86.022	1.174.129	38.727	2.072.237	457.015		531.070	83.433	1.185.701	33.703	2.089.797	454.875
01 Bürgerschaft	92	0	10.252	87	8.220	416		93	0	10.293	77	8.149	430
02 Rechnungshof	2	0	2.567	0	354	12		3	0	2.536	0	351	12
03 Senat / Senatskanzlei / Kirchl. Ang.	231	0	7.443	0	4.630	2.614		235	0	7.373	0	4.594	2.690
05 Bundesangelegenheiten	320	0	1.315	0	1.834	56		320	0	1.303	0	1.834	58
06 Datenschutz	0	0	572	0	130	13		0	0	575	0	129	13
07 Inneres	28.277	0	156.431	167	69.857	5.752		29.268	0	155.031	128	69.261	5.623
08 Gleichberechtigung der Frau	68	0	714	0	213	4		69	0	698	0	211	4
09 Staatsgerichtshof	0	0	39	0	5	0		0	0	39	0	5	0
11 Justiz	36.144	0	64.607	0	42.850	5.599		36.682	0	64.150	0	42.487	5.617
12 Sport	400	0	1.006	34	10.593	2.488		406	0	991	32	10.505	2.562
21 Bildung	16.144	0	291.271	1.034	253.208	15.304		16.293	0	287.611	938	253.350	15.537
22 Kultur	867	1	4.355	33	69.572	7.209		880	1	4.291	30	69.266	7.421
24 Hochschulen / Forschung	19.276	15.221	2.197	3.847	285.965	43.225		19.276	15.221	2.178	1.781	286.869	45.280
31 Arbeit	24.203	0	6.604	0	34.640	908		24.359	0	6.495	0	34.664	909
41 Jugend / Soziales	132.942	2.662	54.625	0	870.713	5.676		134.532	2.610	54.153	0	884.889	5.712
51 Gesundheit	12.885	0	21.632	242	14.481	24.960		13.056	0	21.380	225	14.387	25.678
68 Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	38.587	34.274	47.601	1.501	156.225	110.089		38.859	34.288	47.022	1.057	154.915	100.336
71 Wirtschaft	3.126	23.127	5.379	2.445	29.259	86.880		3.356	20.576	5.306	1.663	29.009	87.363
81 Häfen	2.155	10.737	6.693	29.336	3.373	108.309		2.187	10.737	6.602	27.771	3.345	110.966
91 Finanzen / Personal	10.007	0	71.868	0	15.857	466		10.061	0	69.106	0	15.773	480
92 Allgemeine Finanzen	117.662	0	416.960	0	46.361	24.863		119.411	0	438.567	0	45.978	25.590
93 Zentrale Finanzen	81.342	0	0	0	112.950	2.467		81.726	0	0	0	116.598	2.827
96 IT-Ausgaben der FHB	0	0	0	0	25.447	5.704		0	0	0	0	25.228	5.768
Ganztägiges Lernen Kindertagesbetreuung (Ausbau der Sprachförderung) Kindertagesbetreuung (laufende Kosten) 1)					10.500	4.000						13.000	4.000
68 Tilg. an öffentl. Bereich (OGr. 58):					5.000							5.000	
93 Tilg. an öffentl. Bereich (OGr. 58):					0							0	
Vorfinanzierung struktureller Entlastungen					30.000							20.000	
Weiterleitung Konso-Hilfe an Brhv.					31.109							31.109	

1) Ansätze ohne Konso-Hilfen an Brhv. sowie ohne Reserve für entlastende Maßnahmen.

Eckwertrelevante Zinsausgaben der Kapitaldienstfinanzierungen (in Tsd. €)

	2012	2013	2014	2015
I. Summe Zinsen Kapitaldienstfin. (alle PPI für L+G)	38.727	33.703	31.699	29.947
PPI 01 An SVIT Instandsetz.darl.f. Haus der Bürgerschaft	87	77	67	57
PPI 07 An beauftragte Dritte für die Logistiksäule	5			
An SVIT, kons. Miete (Feuerwehr)	80	65	50	37
An SVIT, kons. Miete (Polizei Bremen)	82	63	47	35
	167	128	97	72
PPI 12 An SVIT, Zinsen auf San.kredite	34	32	29	26
PPI 21 Konsumtive Miete an SVIT				
An SVIT, Zinsen auf San.kredite	807	734	659	581
An SVIT, Kons. Miete f. mobile Schulausst.	228	204	184	168
	1.034	938	843	749
PPI 22 An SVIT, Zinsen auf San.kredite (Überseemuseum)	33	30	26	22
PPI 24 Anteil Mietkaufprojekt SFG -Tilgung-	167	149	131	112
Anteil Mietkaufprojekt IW3 -Tilgung-	166	148	129	111
Anteil Mietkaufprojekt Chemie -Tilgung-	423	374	326	278
Anteil energet. Gesamtoptimier. SuUb -Tilgung-	79	72	67	55
Anteil Kapselkatapult -Tilgung-	11	8	5	1
Anteil Marum/ODP -Tilgung-	296	279	263	245
Anteil Mietkaufprojekt HS Bhv -Tilgung-	389	345	300	256
Tilgung für Projekt Exzellenzinitiative	2.317	407	297	187
	3.847	1.781	1.518	1.245
PPI 51 Regionalisierung Psychiatrie	161	150	140	136
Regionalisierung Psychiatrie	81	75	70	68
	242	225	210	204
PPI 68 A 281	367			
An Bremer-Aufbau Bank f. Wohnraumförd. -L-	697	663	629	593
An Bremer-Aufbau Bank f. Wohnraumförd. -G-	411	394	377	358
An SV Infra/Verkehr (Kostenbeiträge BgA)	26			
	1.501	1.057	1.006	951
PPI 71 SV Überseestadt	298	158		
Schuldendiensthilfen an die BIS	70	36	29	
Hansalinie Erweiterung	60	39	17	
Innenstadtentwicklung Bremerhaven	77	29	2	
Logistikzentrum GVZ / Niedervieland	847	695	833	464
Bremer Vulkan Kompensation	172	150	135	111
Bremer Vulkan Erschließung	183	165	147	130
Universum	291	152	19	
Bremer Industriepark	125	54		
Gewerbepark Hansalinie	83	40		
Investitionszuschüsse an Bremerhaven	216	131	45	
Gewerbegebiet Huckelriede	24	15	7	
	2.445	1.663	1.233	705

	2012	2013	2014	2015
PPI 81 Fischereihafenschleuse Bremerhaven	1.156	1.029	863	697
Zuführung an SV Hafen - Hafenschlick	11	4		
Zuführung an SV Hafen - CT IV	8.800	7.800	7.800	7.800
Zuführung an SV Hafen - CT III	4.093	3.828	3.384	3.319
Zuführung an SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	2.195	2.535	2.435	2.340
Zuführung an SV Hafen - Hafenzuwässerung	369	340	312	298
Zuführung an SV Hafen - Kaiserschleuse	10.065	9.675	9.270	8.922
JadeWeserPort	1.890	1.845	1.930	1.896
Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebsh.	171	150	132	119
Zuführung an SV Hafen - Umgestalt. Osthafen	586	565	544	524
	29.336	27.771	26.670	25.915
II. Summe Zinsen Kapitaldienstfin. (Bremerhaven)	5.728	5.278	3.686	3.322
Brhv. Schuldendienst HAGÖF für US_Wohnungen	74	68	63	56
Gebäudesanierungen	2.495	2.407	2.316	2.222
Innenstadtprogramm Brhv.	47	18	4	
Havenwelten	1.929	1.647	212	
Zoo am Meer	544	533	522	510
Südliche Innenstadt Brhv.	69	59	47	37
Stadtteilprogramm	491	477	463	449
Offshore Windenergie	79	69	59	49
III. Summe Zinsen Kap.dienstfin. (Stadtstaat)	44.455	38.981	35.386	33.270

Entwurf Terminplanung Haushaltsaufstellung 2012/2013 sowie Finanzplanung 2011-2015Hinweis: Haushaltslose Zeit in 2012!

Arbeitsschritte / Ereignis	Termin / Zeitraum
Erstellung eines Berichts für den Stabilitätsrat mit den „Vorschlägen zum Sanierungsprogramm gem. § 5 Abs. 1 Stabilitätsratsgesetz“; Einstellung einer Senatsvorlage	bis 07.10.2011
Erstellung der Senatsvorlagen „Finanzrahmen 2011 - 2015“ sowie „Eckwerte 2012/2013“ , Abstimmung mit SK, Einstellen in VIS	bis 07.10.2011
Senatsbeschluss über – Finanzrahmen 2011 - 2015 einschl. – Ressort-Eckwerte 2012/2013 sowie – Bericht zum Sanierungsprogramm	11.10.2011
Brhv.: Eckwerte-Beschluss des Magistrats	bis 12.10.2011
letzter Abgabetermin für das „Sanierungsprogramm“ beim Stabilitätsrat	15.10.2011
**** Herbstferien 2011****	17.10. -29.10.2011
Kurzfrist- (Nov.-) Steuerschätzung in Halle	02.11.-04.11.2011
Abgabe der Ressortanmeldungen zur – maßnahmebezogenen Investitionsplanung – Aufteilung der konsumtiven und investiven Schwerpunktmittel – Aufteilung der konsumtiven und investiven Mittel des „ VSE-Programms “	bis 11.11.2011
Sitzung des Senats über die maßnahmebezogene Investitionsplanung , die Aufteilung der Schwerpunktmittel sowie über die Aufteilung des „ VSE-Programms “	22.11.2011
Erarbeitung der Haushaltsvorentwürfe durch die Ressorts sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonst. Sondervermögen, AöR und Stiftungen (einschl. Beteiligung der Deputationen/Ausschüsse)	bis 13.12.2011
Brhv.: Erarbeitung der Haushaltsvorentwürfe durch die Ämter	bis 20.12.2011
**** Weihnachtsferien 2011****	23.12.2011 - 04.01.2012
Prüfung der Haushaltsvorentwürfe der Ressorts sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonst. Sondervermögen, AöR und Stiftungen, Kurzanalyse durch SF	bis 24.01.2012
Brhv.: Beschluss des Finanz- und Wirtschaftsausschusses über den Haushaltsplan-Gesamtentwurf	07.02.2012
Finanzplanung 2011 – 2015 incl. Umsetzung der Ergebnisse der November-Steuerschätzung (Frühindikator für kommende Entwicklung 2012 -2016) einschl. Aussagen zum weiteren Sanierungspfad	bis 07.02.2012
Erstellung der Senatsvorlage „ Haushaltsentwurf 2012/2013 “ Erstellung der Senatsvorlage „ Wirtschaftspläne 2012/2013 “	bis 07.02.2012
Senatsberatung über den Haushalt 2012/2013 und die Wirtschaftspläne 2012/2013 (=Klärung offener Fragen, Lösung von Dissensen = „ Restantensitzung “ einschl. Ermächtigung für SF , auf beschlossener Grundlage Haushaltsentwürfe technisch aufzubereiten.	14.02.2012

Arbeitsschritte / Ereignis	Termin / Zeitraum
Druckaufbereitung der Entwürfe (kamerale Pläne, Stellenpläne, Produktgruppenhaushalt, Wirtschaftspläne)	
Zuleitung an SK zur (formalen) Weiterleitung der Haushaltsentwürfe 2012/2013 und der Wirtschaftspläne 2012 und 2013 an die Bremische Bürgerschaft (einschl. Finanzplan 2011-2015)	28.02.2012
Brhv.: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Haushaltsplan-Gesamtentwurf	20.03.2012
1. Lesung Bremische Bürgerschaft	21./22. März 2012
Ausschussberatungen	März und April 2012
**** Osterferien 2012****	26.03. -11.04.2012
2. Lesung Bremische Bürgerschaft	25./26. April 2012